



Presseschau vom 03.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Es wird gesiegt – zumindest vom Rüstungsproduzenten Diehl

Während die ukrainische Armee im Donbass zerrieben wird, soll sie in Deutschland inzwischen nicht mehr nicht verlieren, sondern gleich siegen. Wahn? Nein, die Verfolgung von Interessen. Nur weder die der ukrainischen noch der deutschen Bevölkerung. ...

<https://kurz.rt.com/302u> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyer: Corona-Sachverständigenrat: Virologe Klaus Stöhr ersetzt Christian Drosten

Auf Initiative der CDU wurde der ehemalige WHO-Virologe Klaus Stöhr in den Sachverständigenrat der Bundesregierung berufen. Drosten hatte den Rat zuvor unter Protest verlassen. Für Gesundheitsminister Lauterbach gilt Stöhr allerdings nicht als "Topvirologe". Der Rat will bis Ende Juni erste Ergebnisse liefern. ...

<https://kurz.rt.com/303l> bzw. [hier](#)

Joe Bessemer: Sieg high! "Jugendarbeit" von "Asow": Einstieg in die Nazi-Banden schon ab acht Jahren – dank Drogen

Szenen wie Punks, Raver oder Skinheads können Jugendliche zu Drogen locken. Doch auch der erste Rausch kann einen Neuling zum Beitritt bewegen. Hier setzen "Jugendarbeiter" der ukrainischen Nazi-Organisationen unter Gewährenlassen des Staates an – doch bereits Kinder werden ihre Opfer. ...

<https://kurz.rt.com/302n> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:23 de.rt.com: US-Cyberchef räumt Angriffe gegen Russland in der Ukraine ein

Das US-Cyber-Kommando habe seine Spezialisten für die Ukraine bereitgestellt, die "offensive Operationen zur Unterstützung der Ukraine" gegen Russland durchgeführt hätten. Dies erklärte General Paul Nakasone, Kommandeur der US-Einheit für Cyber-Operationen, in einem Interview.

In einem Interview mit dem britischen Sender Sky News am Rande einer Cyber-Konferenz in Estland bestätigte der US-amerikanische General Paul Nakasone, dass US-Militärhacker zur Unterstützung der Ukraine "offensive Operationen" gegen Russland durchgeführt hätten. Nakasone enthüllte auch, dass die US-Abhörspezialisten mithilfe von Massenmedien wie dem US-Sender CNN einen Informationskrieg führen.

Nakasone, ein Vier-Sterne-General, leitet sowohl das Cyber-Kommando der US-Streitkräfte als auch den US-Geheimdienst National Security Agency (NSA), der für die weltweite Überwachung, Entzifferung und Auswertung elektronischer Kommunikation zuständig ist. Beide Institutionen haben ihr Hauptquartier auf dem Militärstützpunkt in Fort Meade, im Bundesstaat Maryland.

Der 58-Jährige war am Mittwoch in Tallinn auf der [CyCon](#), der 14. internationalen Konferenz über Cyber-Konflikte, die von der transatlantischen Militärallianz NATO organisiert wurde. In dem [Interview](#) mit Sky News erklärte der US-General, dass US-Cyber-Spezialisten auf Einladung der verbündeten Regierungen in 16 Ländern in Übersee eingesetzt würden, um "vorwärts zu jagen", also ausländische Hacker aufzuspüren und die von ihnen verwendeten

Mittel zu identifizieren. Nakasone präzierte:

"Wir sind im Dezember 2021 auf Einladung der Regierung in Kiew dorthin gereist, um gemeinsam mit ihr zu jagen. Wir blieben dort für einen Zeitraum von fast 90 Tagen."

Das Team verließ demnach die Ukraine im Februar zusammen mit allen anderen US-Truppen, noch vor dem russischen Einmarsch. Der US-General bestätigte außerdem – laut Sky zum ersten Mal –, dass die USA offensive Hacker-Operationen zur Unterstützung der Ukraine durchgeführt hätten. Der 58-Jährige sagte dem Sender:

"Wir haben eine Reihe von Operationen über das gesamte Spektrum durchgeführt: offensive, defensive [und] Aufklärungsoperationen."

Dem General zufolge bestehe der Unterschied zwischen der russischen und der US-amerikanischen Informationskriegsführung darin, dass Moskau lüge, während Washington die Wahrheit sage. Als Beispiel nannte er den Fall der "Troll-Farmen" aus dem Jahr 2020, die Russland seinen Aussagen zufolge in Afrika aufgebaut habe. Die NSA und das Cyber-Kommando reagierten demnach darauf, indem sie den Inlandsgeheimdienst FBI informierten – aber auch den Sender CNN, der "ein Blitzlicht lieferte, das diese Art von böartigem Verhalten plötzlich entlarvt."

So hatte etwa Facebook im Dezember 2020 [angekündigt](#), Konten – angeblich sowohl russische als auch französische – zu löschen, die eines "koordinierten nicht authentischen Verhaltens" in Zentral- und Nordafrika verdächtig wurden.

Nakasone erklärte nun, dass die NSA und das Cyber-Kommando diese "strategische Offenlegung" seit 2018 entwickelten, als er die Leitung beider US-Behörden übernommen habe. Als weitere Beispiele nannte er, dass die NSA auch Informationen darüber vorgelegt habe, was "die Russen bei unseren Zwischenwahlen" im Jahr 2018 und im Jahr 2020 zu tun versuchten. Moskau hat allerdings jegliche Einmischung in die US-Wahlen, ob in elektronischer oder anderer Form, bestritten. Nakasone sagte dem Sender:

"Die Fähigkeit, diese Informationen zu teilen und sicherzustellen, dass sie präzise und aktuell sind und auf breiterer Ebene eingesetzt werden können, war in dieser Krise sehr, sehr kraftvoll."

US-Geheimdienstmitarbeiter räumten im April dieses Jahres gegenüber dem US-Sender NBC News ein, dass sie den Medien Informationen über den Konflikt in der Ukraine zugespielt hätten, die entweder "nicht absolut solide" waren oder bei mehreren Gelegenheiten schlichtweg erfunden wurden, um den "Informationskrieg" gegen Russland zu gewinnen. Die Falschinformationen waren demnach Teil der Bemühungen, "Moskaus Propaganda zu untergraben und Russland daran zu hindern, zu bestimmen, wie der Krieg in der Welt wahrgenommen wird", erklärten sie unter anderem.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298742eb480cc4d6b750fad.jpg>

US-General Paul Nakasone, Befehlshaber des Cyber-Kommandos und Direktor des US-Geheimdienstes National Security Agency (NSA), sagt hier am 5. April 2022 in Washington, D.C., vor dem Senatsausschuss für Streitkräfte aus.

20:35 de.rt.com: **Russischer UNO-Botschafter Nebensja: Mit westlichen Waffen werden nichtmilitärische Ziele im Donbass angegriffen und Zivilisten getötet**

TASS berichtete über den Auftritt des ständigen Vertreters Russlands bei den Vereinten Nationen in New York, Wassili Nebensja, der sich kritisch zur verstärkten Lieferung von Waffen aus dem Westen an die Ukraine geäußert hat.

"Indem der Westen die Ukraine mit Waffen überschwemmt, angeblich um ihre Kapazitäten und Fähigkeiten zur Abwehr Russlands zu stärken, begeht er ein weiteres Kriegsverbrechen. Schließlich beschießen die ukrainischen Terroreinheiten mit ihrer Hilfe weiterhin friedliche Viertel im Donbass, wie sie es schon seit acht Jahren tun, und töten dabei Frauen, ältere Menschen und Kinder", führte der Diplomat aus.

20:54 de.rt.com: **Interpol-Generalsekretär Stock: In die Ukraine gelieferte Waffen gelangen an Kriminelle**

Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) hat davor gewarnt, dass derzeit und künftig an die Ukraine gelieferte Waffen auf den Schwarzmarkt und in die Hände krimineller Organisationen gelangen können.

Ein großer Teil der von westlichen Ländern an das Kiewer Regime gelieferten Waffen wird "zweifellos in den Händen von Vertretern der organisierten Kriminalität landen", sagte der deutsche Jurist [Jürgen Stock](#), derzeit Generalsekretär von Interpol und ehemals Vizepräsident beim Bundeskriminalamt (BKA), dem anglo-amerikanischen Presseverband am Donnerstag in Paris. Stock betonte, er habe keinerlei Zweifel, dass dies geschehen wird und bereits jetzt geschieht.

Seiner Meinung nach werde die Aufrüstung der Ukraine zu einem Anstieg des Waffenhandels, insbesondere mit Kleinwaffen, führen:

"Wir haben dies in der Balkanregion gesehen. Wir haben das auf den militärischen Schauplätzen Afrikas gesehen, wo organisierte kriminelle Gruppen natürlich versuchen, diese chaotische Situation, die Verfügbarkeit von Waffen und sogar von Waffen, die vom Militär benutzt werden, auszunutzen."

Der Interpol-Generalsekretär warnte, dass der Waffenumlauf in der Ukraine sehr intensiv ist, und sagte, dass diese Situation nach dem Krieg zu einer raschen Verbreitung von geschmuggelten Waffen innerhalb von Europa und aus Europa hinaus führen werde.

Stock warnte davor, dass alle Arten von Waffen, die von den Armeen verwendet werden, einschließlich schwerer Waffen, in die Hände krimineller Organisationen gelangen könnten. Er erinnerte daran, dass Interpol eine Datenbank hat, in der Informationen über Waffen ausgetauscht werden, und sagte:

"Wir laden die Mitgliedsländer ein, diese Datenbank zu nutzen. Denn kein Land oder keine Region kann diese Situation alleine bewältigen. Die von mir erwähnten kriminellen Organisationen arbeiten weltweit, also werden diese Waffen es tun zwischen den Kontinenten zirkulieren."

Der Generalsekretär dieser internationalen Polizeiorganisation fordert, dass die Staaten, die Kiew beliefern, ihre Datenbanken zusammenlegen müssen, um die Bewegung von Waffen zu überwachen:

"Wir müssen die bestehenden Datenbanken intensiv nutzen, die dabei helfen können, Waffen aufzuspüren, die beispielsweise in einem anderen Land gestohlen wurden. (...) Kein Land in unserer Region kann damit allein fertig werden, denn die Kriminellen, von denen ich spreche, agieren weltweit."

Vor dem Hintergrund der russischen militärischen Intervention zum Schutz des Donbass liefern sowohl Washington als auch seine NATO-Verbündeten weiterhin Waffen in die Ukraine. Moskau hat wiederholt erklärt, dass westliche Waffenlieferungen den aktuellen Konflikt nur verlängern, während Transporte dieser Waffen zu einem legitimen Ziel auf ukrainischem Boden werden. Das neue US-Militärhilfepaket umfasst unter anderem vier

fortschrittliche [HIMARS](#)-Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme, die mit ihrer Ausrüstung Ziele in einer Entfernung von bis zu 80 Kilometern bekämpfen können sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298b7cbb480cc16423da72e.jpg>

21:00 de.rt.com: **Russlands Medienaufsichtsbehörde sperrt Website des finnischen Radio- und Fernsehsenders Yle**

Die Website des finnischen Senders Yle ist nun von Russland aus nicht mehr abrufbar. Die russische Aufsichtsbehörde für Massenmedien, Telekommunikation und Datenschutz (Roskomnadsor) hat in der Nacht zum Donnerstag den Zugriff auf die Ressource auf eine Anordnung der russischen Staatsanwaltschaft vom 27. Mai gesperrt. Demnach soll die Website der öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, die auf Finnisch, Schwedisch, Englisch, Russisch und Samisch sendet, Aufrufe zu Massenunruhen, Extremismus und illegalen Kundgebungen enthalten haben. Die Website lässt sich jedoch weiterhin über eine VPN-Verbindung abrufen.

Der Chefredakteur der Yle-Nachrichtenredaktion, Jouko Jokinen, zeigte sich vom Schritt der russischen Behörden nicht überrascht. Man habe so etwas kommen sehen. Er bedauerte, dass das Publikum in Russland nun die Möglichkeit eingebüßt habe, die richtigen Informationen über den Krieg in der Ukraine zu erhalten.

Zuvor hatte Roskomnadsor auch den Zugriff auf die finnischen Zeitungen Helsingin Sanomat und Ilta-Sanomat in Russland gesperrt. Betroffen sind auch viele andere westliche Medien, darunter auch die BBC und die Deutsche Welle.

21:25 de.rt.com: **USA erweitern Sanktionen gegen Russland**

Die USA haben Sanktionen gegen mehrere russische Geschäftsleute und Regierungsbeamte verhängt, geht es aus einer Mitteilung des US-Finanzministeriums hervor. Auf die Sanktionsliste wurden unter anderem die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, Verkehrsminister Witali Saweljew, der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maxim Reschetnikow, der Minister für Bau und Wohnungswesen Irek Faisullin und Vizeregierungschef Dmitri Grigorenko gesetzt.

Dazu kamen der Leiter des russischen Metallurgieunternehmens Sewer-Stahl und Milliardär Alexei Mordaschow sowie der Chef des staatlichen russischen Luftfahrtkonsortiums OAK Juri Sljussar. Insgesamt sind 17 Personen von den neuen Restriktionsmaßnahmen betroffen. Darüber hinaus richteten sich die US-Sanktionen gegen mehrere russische Firmen, darunter die mit Mordaschow verbundene Sewer-Stahl. Die Regierung in Washington nahm auch erneut mehrere russische Luxusjachten ins Visier.

Die Sanktionen sehen vor, dass etwaige Vermögenswerte der Betroffenen in den USA eingefroren werden. Außerdem werden US-Bürgern Geschäfte mit ihnen untersagt.

21:45 de.rt.com: **Russische und DVR-Einheiten verhindern Durchbruch der ukrainischen Armee bei Werchnetorezkoje**

Die Agentur RIA Nowosti [meldete](#), dass Einheiten der Volksrepublik Donezk (DVR) und der russischen Streitkräfte einen Durchbruchversuch ukrainischer Truppen bei Werchnetorezkoje verhindert hätten, wie die Volksmiliz der Republik mitgeteilt habe.

"Geschickte Aktionen der DVR-Einheiten zerstörten zwei T-64-Panzer und zwei BMPs, 30 Personen sind getötet worden",

so der offizielle Telegram-Kanal in einer Erklärung zu den Kampfhandlungen des Tages.

Werchnetorezkoje liegt zwischen Awdejeka und Gorlowka.

Außerdem wurde gemeldet, dass die alliierten Streitkräfte zwei Feuerstellungen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Krasnogorowka (bei Awdejewka) zerstört hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299024fb480cc17105bf087.png>

22:00 de.rt.com: **Mariupol: Ukrainische Polizisten wechseln massenhaft zur DVR**

Der Kanal Readovka [berichtet](#), dass ehemalige Mitarbeiter der ukrainischen Polizei in das Innenministerium der Volksrepublik Donezk (DVR) in Mariupol wechseln. Die meisten einfachen Polizisten blieben in der Stadt, während ihre Führung, ohne irgendetwas mitzuteilen, eine "zentrale Evakuierung" durchführte, um ihre Haut zu retten. Die Polizei nimmt nun in Mariupol ihre Arbeit unter neuer Flagge [derjenigen der DVR statt der blau-gelben ukrainischen; Anm. d. Red.] auf.

"Mein Gedanke war, in der Stadt zu bleiben. Nicht aufgeben. Ich will bis zum Ende arbeiten", kommentiert eine der Beamtinnen ihre Entscheidung.

Die Polizisten, die in ihrer Stadt geblieben sind, wurden bereits von einem Berater des "Kiewer" Bürgermeisters von Mariupol kritisiert, der die Stadt noch vor Beginn der Kämpfe verlassen hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299129a48fbef6dcc2b2214.png>

Polizisten versammeln sich zum Übertritt in den Dienst der DVR. (Screenshot aus der

Reportage)

22:40 de.rt.com: **Russischer UN-Botschafter Nebensja nennt die Bedingung Russlands für die Durchfahrt von Schiffen mit ukrainischem Getreide**

RIA Nowosti berichtet, der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassili Nebensja habe erklärt, zu welchen Bedingungen Moskau bereit sei, Schiffe mit ukrainischem Getreide durchzulassen.

"Was die Ukrainer betrifft, so sollen sie zuerst ihre Häfen räumen. Wir sind bereit, für eine sichere Durchfahrt zu sorgen, aber zuerst müssen sie entminen – es sind ihre Minen, nicht unsere", sagte Nebensja Reportern.

Zu Berichten, wonach Russland, die Ukraine, die Türkei und die Vereinten Nationen angeblich ein Treffen zur Frage des Getreideexports durch das Schwarze Meer vorbereiten, sagte Nebensja, er wisse nicht, inwieweit diese Berichte zuträfen, und verwies auf zahlreiche Spekulationen in der Presse zu diesem Thema. Er erwähnte auch die europäischen "Solidaritätskorridore" auf dem Landweg, die seiner Meinung nach nicht effektiv funktionierten. Nebensja fügte hinzu, dass Kiew nicht nur Minen verlegt, sondern auch Schiffe versenkt habe.

Wie das russische Außenministerium bereits erklärt habe, hindere Moskau die Ukraine nicht daran, Getreide zu exportieren. Die logistischen Probleme seien die Schuld Kiews, dessen Truppen seine Seehäfen vermint hätten.

Das Ministerium fügte hinzu, dass "Gerüchte über eine angebliche Blockade der ukrainischen Getreideausfuhr in Schwarzmeerhäfen durch Russland und das daraus resultierende Defizit auf dem Getreidemarkt reine Spekulation sind". Ein ehemaliger Angestellter des Hafens von Odessa erklärte RIA Nowosti, dass die Ukraine ihre Weizenreserven aus den Lagern des Odessaer Hafens auf Druck der Europäischen Union auf alternativen Wegen exportiert, obwohl im Land selbst eine Getreideknappheit droht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629916f448fbef6cee42653a.jpg>

22:55 de.rt.com: **Medwedew: Russland wird im Fall eines ukrainischen Angriffs Entscheidungszentren vernichten**

Moskau werde vernichtende Angriffe auf Entscheidungszentren durchzuführen, sollte Kiew die von den USA gelieferten Waffen für Angriffe auf russisches Staatsgebiet einsetzen. Davor warnte der stellvertretende Leiter des russischen Sicherheitsrates und Ex-Präsident Russlands Dmitri Medwedew im Gespräch mit dem TV-Sender Al Jazeera. Er sagte:

"Es ist absolut klar, dass – das wurde bereits gesagt – im Fall, dass, Gott bewahre, diese Waffenarten gegen russische Territorien eingesetzt werden, unsere Streitkräfte keine andere Wahl haben werden, als vernichtende Angriffe auf die Entscheidungszentren durchzuführen." Medwedew präzisierte, dass darunter das Verteidigungsministerium und der Generalstab zu verstehen seien. Die Entscheidungszentren befänden sich aber in diesem Fall "leider nicht einmal in Kiew". Deswegen sei dies eine Bedrohung, die man berücksichtigen müsse, fügte er

hinzu.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629923f3b480cc66151c2dbb.jpg>

5:00 (4:00) novorosinform.org: **Medwedew erklärte, warum die Aktionen der russischen Armee in der Ukraine eine Spezialoperation sind**

Die Ziele der Militäroperation russischer Truppen in der Ukraine seien begrenzt, daher der Name. Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, erklärte dies in einem Kommentar für den Sender Al Jazeera.

Ihm zufolge greife Russland ausschließlich militärische Infrastruktureinrichtungen an, die beiden Hauptziele der Spezialoperation seien die vollständige Befreiung des Donbass und eine echte Entnazifizierung der Ukraine.

Russland setze sich das Ziel, die militaristische Maschinerie zu zerstören und die Ukraine zu entnazifizieren, also die Nazis zu vernichten, die versuchen, die Ukraine und Russland auszuhöhlen, sagte Medwedew.

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Sanktionen gegen Kirchenoberhaupt verhindert: Nun will Barley (SPD) Ungarn EU-Stimmrecht entziehen**

Ungarn hat am Donnerstag durch die Androhung eines Vetos verhindert, dass das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, in die neueste EU-Sanktionsliste gegen russische Bürger aufgenommen wurde. Als Reaktion darauf will die Sozialdemokratin Katarina Barley nun dem Land sein Stimmrecht in der EU entziehen.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, hat gefordert, Ungarn sein Stimmrecht in der Europäischen Union zu entziehen. Das Land missbrauche das Einstimmigkeitsprinzip in der EU als Erpressungsmittel, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag im Interview mit MDR Aktuell.

Das Stimmrecht eines Landes könne bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ausgesetzt werden, erläutert Barley. Das sieht die Deutsch-Britin im Fall Ungarns als gegeben:

"Gerade in Ungarn kann man von demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen nicht mehr sprechen."

Ministerpräsident Viktor Orbán habe das Land "Stück für Stück komplett in seine Hände gebracht", lautet der Vorwurf der Politikerin.

Zuvor musste die EU wegen des Widerstands von Ungarn ihre Pläne, das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche zu sanktionieren, auf Eis legen. Durch das Veto Budapests musste die Brüsseler Bürokratie darauf verzichten, in einem am Donnerstag gebilligten weiteren Sanktionspaket gegen Russland, auch Strafmaßnahmen gegen den Moskauer

Patriarchen Kirill verhängen zu können.

Ungarn wollte die Sanktionierung entgegen der von westlichen Medien unterstellten Nähe Kirills zum russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht mittragen. Regierungschef Viktor Orbán hatte seine Haltung zuletzt "mit der Frage der Glaubensfreiheit ungarischer Religionsgemeinschaften" begründet. Diese sei "heilig und unveräußerlich".

Bei wesentlichen Entscheidungen auf EU-Ebene ist oft eine einstimmige Billigung aller Mitgliedstaaten notwendig. Das hält Barley für nicht zeitgemäß, erklärte sie im MDR-Interview:

"Dieses Prinzip stammt aus Zeiten, als die EU aus sechs Ländern bestand. Jetzt sind wir 27 und da ist es einfach überhaupt nicht mehr praktikabel."

Das Einstimmigkeitsprinzip kann allerdings nur mit einer einstimmigen Vertragsänderung aufgehoben werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298f0d0b480cc154823bcba.jpg>

7:30 de.rt.com: **Vorsitzender der Werchowna Rada fordert rasche Waffenlieferungen aus Deutschland**

Der Vorsitzende des ukrainischen Parlaments ist derzeit zu Besuch in Berlin. In einem Interview mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe forderte Ruslan Stefantschuk eine rasche Lieferung der von Deutschland zugesagten Waffen:

"Jetzt geht es auch darum, dass die Entscheidungen schnell umgesetzt werden. Die Waffen müssen zügig geliefert werden."

Er begrüßte auch die jüngste Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, Waffen wie das Luftabwehrsystem Iris-T in die Ukraine zu schicken: "Für uns ist es sehr wichtig, dass das Eis gebrochen ist und die Ukraine die Chance hat, die neuesten und modernsten Waffen aus Deutschland zu bekommen."

Außerdem will Stefantschuk Scholz für eine Rede vor dem ukrainischen Parlament nach Kiew einladen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299989948fbef6dcc2b222d.jpg>

Ruslan Stefantschuk (rechts) bei einem Treffen mit Friedrich Merz am 3. Mai in Kiew

7:42 de.rt.com: **Maduro bezeichnet EU-Sanktionen gegen Russland als "wirtschaftlichen Selbstmord für die Welt"**

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro kritisiert die EU-Sanktionen gegen Russland scharf. Maduro verweist auf die höchste Inflationsrate seit 40 Jahren. Den europäischen Staats- und Regierungschefs wirft der südamerikanische Politiker Verantwortungslosigkeit vor.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat am Dienstag in der ersten Folge seiner Sendung 3R.Live die Strafmaßnahmen der EU gegen Russland kritisiert. Er sprach vom "wirtschaftlichen Selbstmord für die USA, Europa und die Welt". Der südamerikanische Politiker wies darauf hin, dass die wegen der russischen Militäroperation in der Ukraine verhängten Sanktionen inzwischen die "höchste Inflation seit 40 Jahren" ausgelöst hätten. Seiner Meinung nach sei diese Situation ein "Produkt des Hasses gegen Russland" und ein "Produkt der Verantwortungslosigkeit" der europäischen Staats- und Regierungschefs. Das neue Sanktionspaket der EU habe schon jetzt einen Bumerang-Effekt. Bei der Live-Übertragung in den sozialen Netzwerken klagte der Politiker:

"Der Erdölpreis ist heute auf 123 US-Dollar pro Barrel nach oben geschossen und steigt weiter. Der Benzinpreis ist auf mehr als 330 US-Dollar pro Barrel nach oben geschossen und steigt weiter. Zusammen mit den Preisen für Erdöl, Benzin und Nahrungsmitteln schnellte auch die Inflation in die Höhe, was alle Völker der Welt trifft."

Maduro bezeichnete die Maßnahmen der EU als "Irrsinn" und forderte die europäischen Staats- und Regierungschefs dazu auf, die Folgen dieser Situation wiedergutzumachen. Ihm zufolge seien diese "verrückten" Sanktionen gegen die Völker gerichtet. Zugleich gab der venezolanische Präsident zu bedenken, dass die russische Wirtschaft und die russische Währung Rubel nach wie vor "stabil und stark" seien.

"Das sagen alle Geld- und Finanzinstitutionen der Welt: Der Rubel hat sich aufgewertet und ist die stärkste Währung – trotz der Sanktionen. Das muss alle Kriegstreiber und alle, die den globalen Wirtschaftskrieg führen, die Russland sanktionieren und die uns sanktionieren, zum Nachdenken anregen."

Jedes Mal, wenn er von neuen Sanktionen gegen die russische Regierung höre, frage er sich, wie weit diese Leute in ihrer wahnsinnigen Russophobie gehen würden.

Zuvor hatten die EU-Staaten ihr sechstes Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Es sieht neben dem Öl-Embargo vor, das größte russische Geldhaus, die Sberbank, aus dem Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT auszuschließen. Zudem sollen mehrere russische Nachrichtensender in der EU verboten werden.

Der wirtschaftlich besonders relevante Boykott gegen Öllieferungen aus Russland zielt darauf ab, im kommenden Jahr auf dem Seeweg kein Öl mehr in die EU zu lassen. Lediglich Ungarn, die Slowakei und Tschechien sollen wegen ihrer großen Abhängigkeit noch bis auf Weiteres Erdöl aus Russland über die Druschba-Pipeline importieren dürfen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zufolge werde die EU trotz der Ausnahme für Pipeline-Lieferungen bis Ende des Jahres rund 90 Prozent weniger Öl aus Russland beziehen. Der formale Beschluss des Sanktionspakets soll an diesem Freitag erfolgen. Anschließend kann es im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden und in Kraft treten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298ffd0b480cc1a35604bdc.jpg>

7:56 de.rt.com: **Russisches Militär: Mehrheit von ausländischen Söldnern durch Präzisionswaffen eliminiert**

Der Sprecher des russischen Militärs Igor Konaschenkow hat bekanntgegeben, dass die Mehrheit der ausländischen Söldner in der Ukraine aufgrund ihrer schlechten Ausbildung im Einsatz getötet worden seien. Zudem hindere die Ukraine sie daran, das Land zu verlassen. Die russischen Streitkräfte sollen Hunderte von ausländischen Söldnern in der Ukraine kurz nach deren Ankunft mit Präzisionswaffen mit großer Reichweite eliminiert haben. Dies berichtete Generalmajor Igor Konaschenkow, ein offizieller Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am 2. Juni. Wörtlich hieß es:

"Hunderte ausländischer Söldner in der Ukraine wurden kurz nach ihrer Ankunft durch russische Präzisionswaffen mit großer Reichweite vernichtet, während sie sich noch in der Vorbereitungsphase befanden und eine taktische Einweisung erhielten."

Dabei seien die meisten Söldner nach Angaben des Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums aufgrund ihres niedrigen Ausbildungsniveaus und mangelnder Kampferfahrung in der Kampfzone vernichtet worden. Wie Konaschenkow weiter präzisierte, verschonen die Befehlshaber der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde die Söldner nicht, um die Verluste der eigenen Streitkräfte zu verringern:

"Gefangene Söldner erzählen den Vernehmungsbeamten, dass sie die ersten seien, die geopfert werden. Da das Kiewer Regime die Verluste verschweigt und die sterblichen Überreste nicht gefunden werden, wissen die Angehörigen der Söldner in ihren Heimatländern einfach nichts von ihrem Tod."

Konaschenkow fügte hinzu, dass sich die Gesamtzahl der ausländischen Söldner in der Ukraine von 6.600 auf 3.500 fast halbiert habe. Gleichzeitig sei die Welle von ankommenden ausländischen Kämpfern seit Anfang Mai fast völlig zum Erliegen gekommen. Aufgrund der hohen Verluste wollen die Söldner die Ukraine verlassen, doch die Behörden hindern sie daran:

"Angesichts der realen Kampfsituation und der hohen Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, der Nationalgarde und den Ausländern zieht es eine große Anzahl von Söldnern vor, das ukrainische Territorium so schnell wie möglich zu verlassen, aber das Kiewer Regime hindert sie daran."

Der hochrangige Militärangehörige erinnerte daran, dass Söldner nach dem humanitären Völkerrecht keine Kombattanten seien, sodass sie am Ende strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Gleichzeitig würden die Versuche, Ausländern Rechtsschutz zu gewähren, indem man sie in die Liste der ukrainischen Streitkräfte oder der Einheiten der Nationalgarde aufnehme oder ihnen ukrainische Pässe ausstelle, nicht dazu beitragen, sich der Verantwortung zu entziehen, schloss der Vertreter des Verteidigungsministeriums.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62989b3f48fbef4ef17bc41b.jpg>

8:00 de.rt.com: **Habeck erwartet gesellschaftliche Auseinandersetzungen über Kriegskosten**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erwartet im Herbst und Winter große gesellschaftliche Auseinandersetzungen über die Folgekosten des Ukraine-Krieges. Auf eine Frage in der ZDF-Sendung Maybrit Illner, ob Deutschland bei der Unterstützung der Ukraine die Puste ausgehen könnte, sagte er am Donnerstag:

"Wir werden einen dramatischen Anstieg der Heizkosten erleben. Ob da dann die politischen Maßnahmen ausreichen, um gesellschaftlichen Frieden und das Gefühl, dass es fair in diesem Land zugeht, durchzuhalten, das wird die entscheidende Frage des Herbstes und des Winters werden. Da bin ich noch nicht ganz sicher."

Er wies darauf hin, dass mit zunehmender Kriegsdauer hierzulande ein Gewöhnungseffekt einsetzen könnte. Zudem könnten andere Themen bis hin zur Fußball-Bundesliga die Empörung über die Geschehnisse in der Ukraine verdrängen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62999b2c48fbef6cee426542.jpg>

8:30 de.rt.com: **Zeitungsbericht: China will seine Hilfe für Russland ausweiten, ohne gegen Sanktionen zu verstoßen**

Laut einem Bericht der Washington Post vom Donnerstag habe der chinesische Präsident Xi Jinping Peking seine Berater angewiesen, herauszufinden, wie China Russland finanziell unterstützen könnte, ohne dabei gegen westliche Sanktionen zu verstoßen.

Laut den Quellen der Zeitung versuche Peking einerseits, "seinem wichtigsten strategischen Partner" zu helfen. Andererseits gebe es Sorgen, dass die USA und ihre Verbündeten China

von kritischer Technologie abschneiden und sein Finanzsystem ins Visier nehmen könnten. Moskau soll mindestens zweimal Druck auf China ausgeübt haben, damit das Land neue Formen der wirtschaftlichen Unterstützung anbietet. Ein Beamter nannte die jüngsten Gespräche zwischen Russland und China "angespannt". "Wir verstehen Moskaus missliche Lage. Aber wir können unsere eigene Lage nicht ignorieren. China wird immer im Interesse seines Volkes handeln", sagte er der Zeitung.

Peking versuche, mit Russland zusammenzuarbeiten, öffentlich Neutralität zu demonstrieren und keine finanziellen Risiken einzugehen, erklärte ein US-Beamter. Viele dieser Ziele widersprächen sich aber. Es sei schwierig, sie gleichzeitig zu erfüllen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299a23248fbef6c87749f03.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 03.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

33 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

8 Fahrzeuge.

4 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 6 Mörsergeschosse mit Mörsern des Kalibers 120mm auf Perwomajsk abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft sie auf, die Waffen niederzulegen, so setzen Artillerieeinheiten der Volksmiliz den Abwurf von Agitationsflugblättern über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte fort.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus der Kampfzone.

9:00 de.rt.com: **Medienbericht: In USA schwinden Siegesgewissheit und Unterstützung für die Ukraine**

In einem in der Zeitung The Hill veröffentlichten Meinungsbeitrag hat William Moloney, ein Mitarbeiter der Denkfabrik Centennial Institute behauptet, dass die Unterstützung der US-amerikanischen Öffentlichkeit für die Ukraine zu schwinden beginnt. Er schrieb:

"Kriege im Ausland sind zu Beginn am populärsten, besonders, wenn sie für die amerikanische Öffentlichkeit in moralisch unzweideutigen Begriffen 'vermarktet' werden. Doch wenn sie nicht in einem schnellen entscheidenden Sieg zu einem akzeptablen Preis enden, beginnen die öffentliche Unterstützung und der politische Konsens zu schwinden, manchmal schnell. Dies scheint beim Krieg in der Ukraine der Fall zu sein."

Moloney belegte seine Behauptung mit Umfrageergebnissen, wonach die Befürwortung eines stärkeren US-Engagements in der Ukraine von über 60 Prozent im März bis zum 16. Mai auf 45 Prozent gesunken sei. Die einstweilige mehrheitliche Unterstützung für Bidens Russlandpolitik habe in eine mehrheitliche Ablehnung umgeschlagen.

Indessen würden die Sanktionen eine weit schwächere Wirkung als erwartet zeigen und der westlichen Wirtschaft stärker als der russischen schaden, so Moloney. Dies sei auf falsche Grundannahmen zurückzuführen:

"Verwandt mit diesen Phänomena ist die komplette Unwirklichkeit des Gründungsmythos des Krieges, dass die USA fast die gesamte Welt gegen ein beinahe komplett isoliertes Russland vereint hätten."

Nur 65 von 195 Ländern würden US-amerikanische Sanktionen unterstützen, während sich unter den 130 "Verweigerern" mit China, Indien, Brasilien, Mexiko, Indonesien, Großteilen von Asien, Afrika und Lateinamerika die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung befinde. Moloney mutmaßte, dass die USA und nicht Russland die am stärksten isolierte Großmacht wären.

10:07 (9:07) novorosinform.org: **Russische Truppen zerstören die Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine beim Durchbruch nach Slawjansk**

Die Streitkräfte der Russischen Föderation rücken in Richtung Slawjansk vor griffen mit Artillerie Stellungen der ukrainischen Truppen im Rajon Limansk der DVR an.

Entsprechende Filmmaterial von wurde von "Ruskaja Wesna" veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass Artillerie während der Offensive der russischen Truppen in Richtung Slawjansk eine große Rolle beim Durchbrechen der gegnerischen Verteidigung spielt.

Korrespondent Jewgeni Poddubny veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal auch ein Video der Offensive der Gardisten des Petrakow-Regiments in Richtung Isjum, wo der Feind eines der mächtigsten befestigten Gebiete am Stadtrand von Slawjansk eingerichtet hat. Er schrieb, dass die Streitkräfte der Ukraine enorme Verluste erlitten, die das Kiewer Regime sorgfältig verheimliche.



https://www.novorosinform.org/content/images/57/71/45771_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 3.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 400 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **2 Zivilisten verletzt**. 12 Wohnhäuser, 3 Fahrzeuge und 5 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Im Ergebnis gemeinsamer Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurde **ein Versuch des Gegners, unsere Verteidigung im Gebiet von Nowgorodskoje zu durchbrechen, abgewehrt**. Durch sachkundige Handlungen von Einheiten der DVR wurden 2 Schützenpanzer, ein Lastwagen und 20 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurde ein Feuerpunkt des Gegners im Gebiet von Torezk unterdrückt. Der Feind zog sich auf die zuvor eingenommenen Positionen unter erheblichen Verlusten zurück.

Ich möchte anmerken, dass der Westen den ukrainischen Streitkräfte defekte Technik und Waffen liefert. Wir stellen dies immer wieder fest, wenn wir Waffen erbeuten. Ein erheblicher Teil davon ist nicht einsatzfähig. So entsorgen die Bündnispartner Kiews unter dem Anschein von Militärhilfe für die Ukraine überflüssigen Waffenschrott. Im Grunde hat sich die Ukraine in eine Müllkippe für veraltete westliche Waffen verwandelt.

10:00 de.rt.com: **Kein Zutritt für russische Unternehmensvertreter ins EU-Parlament**

Vertreter russischer Unternehmen dürfen die Räumlichkeiten des Europäischen Parlamentes in Brüssel ab sofort nicht mehr betreten, teilte die Präsidentin des EU-Parlamentes Roberta Metsola auf Twitter mit. Dies betrifft sowohl Interessenvertreter aller Unternehmen mit Sitz in Russland als auch russische Unternehmen, die unter Sanktionen fallen.

Im März war der Zutritt ins Europäische Parlament russischen und weißrussischen Diplomaten untersagt worden.

10:00 de.rt.com: **Ukraine droht mit Angriffen auf die Krim**

Der Berater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes Alexei Arestowitsch hat Angriffe auf die Halbinsel Krim nicht ausgeschlossen. In einem von der Nachrichtenagentur UNIAN zitierten Interview antwortete er auf die Frage, ob die USA die Krim als legitimes Angriffsziel zuließen:

"Die Krim gehört uns, der Ukraine. Und die Amerikaner wissen es. Deswegen fliegen die Raketen auf die Krim ganz schnell, falls es notwendig sein wird."

Zuvor hatten die USA der Ukraine die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern mit großer Reichweite vom Typ HIMARS unter der Bedingung zugesichert, dass ukrainische Streitkräfte keine Ziele auf russischem Territorium angreifen. Seit dem Referendum vom 16. März 2014 gehört die Krim zum Staatsgebiet der Russischen Föderation.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299ac50b480cc6bdd3a6cc4.jpg>

10:29 de.rt.com: **Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin sieht Russlands Weltraumorganisation als Teil der Streitkräfte**

Die russische Weltraumorganisation Roskosmos will in diesem Jahr neue Satelliten für die russischen Streitkräfte herstellen. Der Chef des Staatskonzerns Dmitri Rogosin beklagt, dass Russland derzeit zu wenige Raumflugkörper habe, wobei es Tausende gegnerische im Orbit gebe.

Bis zum Jahresende will die russische Weltraumorganisation Roskosmos mehrere neue Satelliten für das russische Verteidigungsministerium herstellen. Auf einer Branchenkonzferenz hat der Chef des Staatskonzerns Dmitri Rogosin am Donnerstag in Moskau erklärt, dass diese Raumflugkörper sehr nützlich für die Streitkräfte sein werden. Dabei beklagte Rogosin, dass dem russischen Militär momentan zu wenige Beobachtungssatelliten zur Verfügung stünden, obwohl alle in der Erdumlaufbahn befindlichen Roskosmos-Satelliten derzeit komplett im Interesse des Verteidigungsministeriums eingesetzt seien:

"Für unsere westlichen Gegner ist das kein Geheimnis."

Rogosin zufolge besitzt Russland momentan etwas mehr als 160 Raumflugkörper, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden. Gegen die russischen Streitkräfte seien jedoch tausende Satelliten in Stellung gebracht worden. So habe Russland keine Radarsatelliten, die rund um die Uhr bei allen Wetterverhältnissen einsatzfähig sind. Einen solchen Satelliten werde das russische Militär erst zum Jahresende bekommen. Im kommenden Jahr werde Roskosmos zwei weitere Radarsatelliten herstellen. Die Zahl der russischen Satelliten im Orbit hänge davon ab, wie geschickt der Staatskonzern arbeite: "Im Großen und Ganzen sind wir somit faktisch ein Teil unserer Streitkräfte geworden."

Der Roskosmos-Leiter zeigte sich zwar zuversichtlich in Bezug auf die Zukunft der russischen Raumfahrtbranche, gestand aber eine derzeit zu geringe Finanzierung ein. Dieses Problem lasse sich jedoch lösen.

Anfang März hatte Rogosin angekündigt, dass Roskosmos vor dem Hintergrund der internationalen Situation fortan nur Satelliten für militärische Zwecke und Satelliten mit doppeltem Verwendungszweck herstellen werde. Die vorrangige Aufgabe bestehe darin, die Zahl der Raumflugkörper im Erdorbit etwa zu verdoppeln. Eigentlich brauche das Land tausende Satelliten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298e915b480cc2c8d7e381a.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Zum Stand am 3. Juni 2022** hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF **224 Ortschaften, einschließlich Jarowaja und Schtschurowo, befreit und vollständig unter Kontrolle genommen.** Es laufen **Kämpfe um Swjatogorsk.**

10:45 de.rt.com: **Städte der Volksrepublik Donezk weiterhin unter Beschuss**

Ukrainische Streitkräfte haben die Stadt Jassinowataja unter Mörserbeschuss genommen, berichtete das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination der Volksrepublik Donezk. Auf ihrem Telegram-Kanal gab die Behörde bekannt:

"Sechs Granaten vom Kaliber 120 Millimeter wurden abgefeuert."

Zu einem weiteren Ziel der Mörserangriffe wurde die Ortschaft Golmowsky nördlich der Stadt Gorlowka.

Insgesamt haben die ukrainischen Streitkräfte nach Angaben der DVR seit Beginn der Eskalation am 17. Februar 3.714 Mal das Gebiet der Republik unter Beschuss genommen und dabei 3.407 Mal schwere Waffen eingesetzt. Insgesamt seien dabei 139 Zivilisten, darunter sieben Kinder getötet und 658 weitere Zivilpersonen verwundet worden.

12:04 (11:04) novorosinform.org: **Die NATO-Staaten wollen eine moldauische Front gegen Russland eröffnen – WarGonzo**

Der Militärkorrespondent Semjon Pegow erklärte, dass russischsprachige Geheimdienstoffiziere aus den Vereinigten Staaten und Deutschland in Moldawien eingetroffen seien.

Unter Bezugnahme auf die Quellen des WarGonzo-Projekts in Chisinau stellte Pegow fest, dass am Vortag 49 FBI-Beamte, die Russisch sprachen, im Land eingetroffen seien. Der Militärkorrespondent glaubt, dass die NATO-Staaten ernsthaft an der Eröffnung einer moldauischen Front gegen Russland arbeiten.

Laut Pegow stehen die in Moldawien angekommenen Geheimdienstoffiziere vor der Aufgabe, das Verteidigungssystem wieder aufzubauen. Er fügte hinzu, dass eine solche Umstrukturierung mit Plänen verbunden sein könnte, Moldawien an Rumänien zu annektieren.

Nach Angaben des Militärkorrespondenten kamen auch 24 Mitarbeiter des deutschen Auslandsgeheimdienstes nach Moldawien, die sich auf die Kontaktlinie mit Pridnestrowien (Transnistrien) konzentrieren werden. Pegow vermutet, dass sie einen Brückenkopf für Kampfhandlungen vorbereiten sollen.



https://www.novorosinform.org/content/images/57/91/45791_720x405.jpg

11:45 de.rt.com: **Podoljak: Ukraine wird Russland nicht mit US-Raketen beschießen**

Die Ukraine führe einen Verteidigungskrieg und habe nicht vor, von den USA bereitgestellte Waffen für Angriffe auf russische Gebiete einzusetzen, teilte Michail Podoljak, ein Berater des ukrainischen Präsidenten, mit.

Russlands prioritäre Aufgabe sei es, das Vertrauen zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten zu untergraben. "Unsere Partner wissen, wo ihre Waffen eingesetzt werden", schrieb Podoljak am Freitag auf Twitter.

Einige Militärexperten gehen davon aus, dass die Lieferung amerikanischer Mehrfachraketenwerfer nach Kiew entscheidend für den Krieg sein könnte. Alexei Arestowitsch, ein weiterer Berater des ukrainischen Präsidenten, hatte am Donnerstag gesagt, dass die USA der Ukraine vorerst vier HIMARS-Raketenwerfer zur Verfügung stellen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299c34448fbef097316bdc8.jpg>

nachmittags:

13:01 (12:01) novorosinform.oeg: **Russische Streitkräfte zerstörten den ukrainischen Drohnen-Kontrollposten in der Region Nikolajew**

Russische Raketentruppen und Artillerie haben einen ukrainischen Drohnen-Kontrollposten in der Region Nikolajew zerstört, wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, mitteilte. Darüber hinaus führte das russische Militär Raketen- und Artillerieschläge gegen 26 Kontrollpunkte sowie Feuerstellungen von 122 Artillerie- und

Mörserbatterien der ukrainischen Streitkräfte durch. 537 Sammelpätze ukrainischer Kämpfer und militärischer Ausrüstung sowie fünf Munitionsdepots wurden getroffen.



https://www.novorosinform.org/content/images/58/00/45800_720x405.jpg

12:03 de.rt.com: **Donbass: Journalisten geraten unter Beschuss – RT-Reporter entkommt nur knapp**

Ein Journalisten-Konvoi ist im Donbass in der Nähe der Stadt Sjewjerodonezk, um die heftige Gefechte toben, unter Beschuss geraten. Dabei sind ersten, unbestätigten Berichten zufolge mehrere Journalisten verletzt und mindestens ein lokaler Begleiter getötet worden.

Zwei Reuters-Reporter und ein Fahrer sind laut Berichten verwundet bzw. getötet worden, als ihr Auto am Freitag in der Nähe der umkämpften Stadt Sjewjerodonezk im Donbass unter Beschuss geriet. Das berichtete der RT-Reporter Igor Schdanow am Freitag.

Schdanow befand sich demnach in dem Auto direkt hinter dem Fahrzeug, in dem die Reuters-Mannschaft unterwegs war. Der Konvoi wurde unter Beschuss genommen, als er in die Stadt einfahren wollte. Die beiden Reuters-Journalisten wurden verwundet, während der Fahrer getötet wurde, so der RT-Korrespondent.

Schdanow selbst und ein lokaler Produzent, der mit ihm unterwegs war, blieben unverletzt.

Von Reuters gibt es bisher keine Stellungnahme zu dem Vorfall.

"Der Fahrer starb auf der Stelle. Die Journalisten wurden ins Krankenhaus eingeliefert", schrieb Schdanow auf seinem Telegram-Account.

In und um Sjewjerodonezk wurden zum Zeitpunkt des Vorfalls schwere Kämpfe gemeldet.

Die Offensive der Streitkräfte Russlands und der Donbasser Volksrepubliken gegen die ukrainische Armee läuft weiter. Sergei Gaidai, ein hochrangiger proukrainischer Lokalbeamter, gab am Donnerstag an, dass der größte Teil der Stadt der ukrainischen Kontrolle entrissen worden sei.

Walentin Gwosdew, ein Reporter des vom russischen Verteidigungsministerium betriebenen Fernsehsenders Swesda, wurde am Donnerstag in Sjewjerodonezk verwundet. Er erklärte, dass die Kämpfer aus dem Donbass den Großteil der Wohngebiete eingenommen hätten, während die ukrainische Artillerie die Stadt beschieße.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299e506b480cc5db22bb325.jpg>

Ein zerstörter Posten der ukrainischen Armee im umkämpften Gebiet im Donbass

12:15 de.rt.com: **Erstes Schiff aus Mariupol im Hafen von Rostow am Don eingelaufen**

Der Stückgutfrachter vom Typ Slawutitsch, der als erstes Schiff nach dem Ende der Kämpfe im Hafen von Mariupol beladen worden war, ist im Hafen vom Rostow am Don eingelaufen. Der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge trägt das Schiff etwa 3.000 Tonnen Metall. Am 25. Mai hatte Russlands Verteidigungsministerium [bekannt gegeben](#), dass der Mariupoler Hafen von Minen geräumt und zur Aufnahme des regulären Betriebs bereit sei. Nach Angaben des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin seien im Hafen etwa 12.000 Sprengsätze entschärft worden.

13:18 (12:18) novorosinform.org: **Kiewer Regime dreht Video über die "hohe Effizienz" des Einsatzes westlicher Waffen - Russisches Verteidigungsministerium**

Ukrainische Sicherheitskräfte drehten ein inszeniertes Videos über die „erfolgreiche Abschreckung der russischen Streitkräfte“ mit Hilfe neuer Waffen aus dem Westen, sagte Generalmajor Igor Konaschenkow.

Er bemerkte, dass das Video des angeblich echten Kampfes mit der russischen Armee auf Kosten britischer Kuratoren gedreht wurde, um die "Moral" der ukrainischen und westlichen Zuschauer aufrechtzuerhalten. In dem Filmmaterial schießen die Kämpfer angeblich auf russische Soldaten, aber der „wahrscheinliche Feind“ im Video erscheint auf ukrainischen Schützenpanzern und gepanzerten Fahrzeugen.

„Um das Zukunftsbild dramatischer zu machen, wurde auf Drängen der britischen Kuratoren am Set eine ‚Rekonstruktion‘ eines nie existierenden ‚Kampfes‘ zwischen ukrainischen Nazis und zahlenmäßig unterlegenen ‚russischen Militärangehörigen‘ erstellt“, sagte Konaschenkow, hieß es auf dem offiziellen Telegram-Kanal der Behörde.



https://www.novorosinform.org/content/images/58/03/45803_720x405.jpg

13:23 (12:23) novorosinform.org: **Fast jedes SBU-Gebäude hat geheime Gefängnisse – Morosowa**

Der Sicherheitsdienst der Ukraine rüstet geheime Haftstätten in seinen Räumlichkeiten aus, sagte DVR-Ombudsfrau Darja Morosowa.

Ihr zufolge bestätigten Vertreter des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen die Existenz geheimer Gefängnisse auf dem Territorium der Ukraine, es gebe ungefähr dreißig von ihnen.

„Ich kann ein Beispiel nennen, das ist die Stadt Mariupol, wo sich das Gefängnis am Flughafen befand, es ist seit 2014 für uns berüchtigt“, sagte die Menschenrechtskommissarin der DVR.

Morosowa ist der Überzeugung, dass die Ukraine die Methoden der Vereinigten Staaten und Großbritanniens anwende, indem sie illegale Inhaftierungen von Menschen durchführe.



https://www.novorosinform.org/content/images/58/04/45804_720x405.jpg

13:42 (12:42) novorosinform.org: **Das bei Mariupol gehobene ukrainische Schiff "Donbass" wurde nach Noworossijsk geschleppt**

Das Grenzschutzschiff der Streitkräfte der Ukraine „Donbass“, das in den Gewässern von Mariupol vom russischen Militär gehoben wurde, wurde in den Hafen von Noworossijsk geschleppt, berichtet „Kommersant“.

Während der Kämpfe um Mariupol wurde das Schiff „Donbass“ von ukrainischen Nationalisten in den Gewässern des Asowschen Meeres versenkt. Am 30. Mai begannen Spezialisten der Schwarzmeerflotte der russischen Marine mit der Beurteilung des Schadens

und einer möglichen Bergung des Schiffes.

Die „Donbass“ wurde von der Besatzung eines Rettungs- und Schleppschiffs des Marinestützpunkts Novorossijsk der russischen Schwarzmeerflotte gehoben.

Die „Donbass“ wurde 1982 in Leningrad gebaut. Danach wurde sie den Grenztruppen des KGB der UdSSR übergeben. Seit 1992 gehört das Schiff zur Küstenwache des ukrainischen Grenzdienstes.



https://www.novorosinform.org/content/images/58/07/45807_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **USA wollen Morddrohnen an die Ukraine liefern**

Presseberichten zufolge planen die USA, Predator-Drohnen an die Ukraine zu liefern. Diese sind aus dem Drohnenmordprogramm der Vereinigten Staaten bekannt. Eine solche Waffe würde vermutlich auch von der Ukraine vor allem für Terror eingesetzt.

Laut Meldung von Reuters [beabsichtigt](#) die Biden-Regierung, die Ukraine mit modernsten Drohnen auszustatten. Es soll sich dabei um Predator-Drohnen des weiterentwickelten Modells MQ-1C handeln, deren Herstellerbezeichnung Grey Eagle lautet. Ein russisches Internetportal hatte bereits Anfang Mai [gemeldet](#), die Ukraine dränge auf Lieferung dieser Drohnen, nachdem eine Lieferung von Drohnen des Modells Reaper bereits abgelehnt worden war.

Nach Aussage eines nicht genannten Amtsträgers soll die US-Regierung den Kongress in den kommenden Tagen über den beabsichtigten Verkauf informieren. Das Weiße Haus wie das Pentagon haben auf mehrere Pressenachfragen zu diesem Thema nicht geantwortet.

Allerdings benennt die Reuters-Meldung neben dem oben erwähnten Amtsträger noch eine weitere "mit der Sache vertraute" Person als Quelle für die Aussage, dass ein Teil der jüngst verabschiedeten 40 Milliarden US-Dollar für die Ukraine für den Verkauf als auch für die erforderliche Ausbildung vorgesehen sei.

Die MQ-1C ist deutlich größer als die türkische Bayraktar-Drohne und der Sprengkopf der Hellfire-Raketen hat das doppelte Gewicht der türkischen MAM-L-Raketen, mit der die Bayraktar bestückt werden kann. Die US-Zeitschrift Forbes [schrieb](#): "Das Langstreckenmodell der Gray-Eagle-Drohne ist 28 Fuß (8,5 Meter) lang und kann über 41 Stunden fliegen, mit einer Spitzengeschwindigkeit von 173 Meilen (278 km) pro Stunde, während die Bayraktar 21 Fuß (6,4 Meter) lang ist und für 27 Stunden bei einer Geschwindigkeit von bis zu 138 Meilen (222 km) fliegen kann."

Die Gray Eagle kann mit Luft-Luft-Lenkflugkörpern vom Typ Stinger, mit Luft-Boden-Lenkflugkörpern der Typen Hellfire und Griffen oder mit Lenkbomben vom Typ Viper Strike ausgestattet werden.

Mit diesen Drohnen würde der Ukraine eine Waffe geliefert, die eindeutig problemlos auch gegen russisches Gebiet eingesetzt werden kann. Selbst Wikipedia schreibt über die Predator-

Drohnen: "Insgesamt wurden Hunderte Einsätze der Predator zum Zweck der gezielten Tötung von Menschen bekannt." Einer dieser Einsätze war der Mord am iranischen General Soleimani.

Die Ausbildung für die Steuerung dieses Systems dauert üblicherweise mehrere Monate, angeblich sollen aber erfahrene ukrainische Drohnenpiloten das in wenigen Wochen meistern können. Die Planungen dazu seien bereits erfolgt. Diese Aussage lässt sich auf zwei Arten lesen: Entweder die Ausbildung wurde in Wirklichkeit bereits begonnen, ehe der US-Kongress überhaupt über eine Lieferung dieser Waffe informiert wurde, oder die US-Regierung beabsichtigt, Piloten mit der Drohne zu liefern.

Vor wenigen Tagen erst hatte US-Präsident Joe Biden in einer Kolumne in der New York Times [erklärt](#): "Wir ermutigen oder befähigen die Ukraine nicht, jenseits ihrer Grenzen zuzuschlagen." Dies erfolgte als Reaktion auf die russische Aussage, bei Angriffen auf russisches Gebiet würde die Antwort gegen die Auftraggeber gerichtet sein. Ein Einsatz der Gray Eagle selbst bis tief in russisches Territorium ist jedenfalls möglich; die maximale Reichweite der früheren Predator MQ-1B betrug bereits 3.704 Kilometer.

Die Ukraine hat in der Vergangenheit im Donbass bereits mehrfach Mordanschläge verübt, derer sie sich sogar gerühmt hatte. Es gab auch zahlreiche Fälle geplanter und vorbereiteter terroristischer Handlungen auf russischem Gebiet, insbesondere auf der Krim. Mit der Grey Eagle erhielt Kiew eine Waffe, die für solche terroristischen Handlungen geradezu ideal ist, was ihr Einsatz durch die USA selbst bereits ausreichend belegt hat. Das Eskalationspotenzial eines solchen Schrittes wäre unberechenbar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629913e948fbef6e83123a46.jpg>

13:52 (12:52) [novorosinform.org](#): **Russland weigert sich, mit Norwegen bei Projekten der nuklearen Sicherheit zusammenzuarbeiten**

Die russische Seite habe die Vereinbarungen über die Arbeit an nuklearen Sicherheitsprojekten mit Oslo wegen dessen Beitritts zu westlichen Sanktionen aufgekündigt, sagte die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa.

Norwegen habe nach dem Start der Sonderoperation in der Ukraine eine gegenüber Russland unfreundliche Position eingenommen, weshalb beschlossen worden sei, die Arbeiten zum Strahlenschutz einzufrieren, sagte Sacharowa.

Sie wies auch darauf hin, dass die Russische Föderation ihre Absichten den Osloer Behörden am 31. Mai angekündigt habe, inzwischen seien die bilateralen Abkommen bereits gekündigt worden.



https://www.novorosinform.org/content/images/58/09/45809_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **Allianz verkauft Mehrheitsbeteiligung in Russland**

Die Allianz will die Mehrheit an ihrem russischen Geschäft verkaufen, teilte das Unternehmen am Freitag in München mit. Dennoch zieht sich der Versicherungskonzern nicht vollständig aus Russland zurück.

Käufer soll die Interholding LLC werden, Eigentümerin des russischen Versicherers Zetta. Die Allianz will 49,9 Prozent an dem kombinierten Unternehmen behalten. Die Übergabe wird sich laut Mitteilung mit etwa 400 Millionen Euro "negativ auf die Gewinn- und Verlustrechnung auswirken". Ob es bei der Minderheitsbeteiligung dauerhaft bleiben soll, ist unklar. Der Entscheidung müssen noch die Aufsichtsbehörden zustimmen.

Vorstandschef Oliver Bäte hatte auf der Hauptversammlung Anfang Mai gesagt, die Allianz werde in Russland wegen des Ukraine-Kriegs kein Neugeschäft mehr machen und auch nicht mehr investieren.

14:07 (13:07) novorosinform.org: **Internationale Organisationen ignorieren die Verbrechen des Kiewer Regimes im Donbass – Morosowa**

Zahlreiche Berichte zu Menschenrechtsverletzungen in der DVR bleiben sowohl von der UN als auch vom IKRK unbeantwortet, die Organisationen erfüllen hartnäckig ihre Pflichten nicht, sagte Ombudsfrau Darja Morosowa gegenüber DAN.

Fast täglich werden Informationen über die Verbrechen der ukrainischen Behörden gegen Menschen an internationale Organisationen übermittelt, aber sie unternehmen nichts, sagte Darja Morosowa, Kommissarin für Menschenrechte in der DVR.

„Leider erhalte ich keine angemessene Antwort von den zuständigen internationalen Organisationen. Sie haben ihr Mandat auf dem Territorium der Ukraine vergessen“, sagte sie.



https://www.novorosinform.org/content/images/58/11/45811_720x405.jpg

13:15 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium berichtet von 13 zerstörten ukrainischen Panzerfahrzeugen und warnt vor Fake-Videos**

In einem Pressebericht hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow angegeben, dass am Vortag unter anderem 13 ukrainische Panzer und Schützenpanzer, zwei Raketenwerfer vom Typ BM-21, acht Artilleriegeschütze sowie vier Munitionslager eliminiert worden seien.

Insgesamt seien seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine 186 Flugzeuge, 129 Hubschrauber, 1.087 Drohnen und 3.386 Panzerfahrzeuge zerstört worden.

Des Weiteren wies Konaschenkow darauf hin, dass Kiew vor dem Hintergrund der Niederlagen im Donbass Aufnahmen von "moralstärkenden" Videos für die eigene und westliche Öffentlichkeit mit britischer Hilfe organisiere. So soll am 28. Mai im Gebiet Nikolajew ein in Wirklichkeit nie stattgefundenes Gefecht zur Demonstration der Effektivität westlicher Waffen gefilmt worden sein. Dabei hätten Angehörige der lokalen ukrainischen Territorialverteidigung russische Truppen gespielt. Für den 5. Und 6. Juni seien Aufnahmen geplant, die angebliche russische Angriffe gegen Zivilisten thematisieren sollten, sagte Konaschenkow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299dff048fbef66bf5fc3a6.jpg>

14:23 (13:23) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Tochter eines Offiziers der Volksmiliz der DVR entführt**
 Wladimir Demtschenko, Offizier der Volksmiliz der DVR, sagte, dass ukrainische Sicherheitskräfte seine Tochter in Charkow entführt hätten.
 „Ich habe eine Nachricht per (Messenger-)Telegram erhalten: „Papa, ich wurde wegen dir

weggebracht, morgen um 11:00 Uhr werden sie sich melden“, sagte er am Freitag bei einem Briefing in Donezk.

Laut Demtschenko stellten sich die Entführer als Angehörige der Spezialeinsatzkräfte (der Ukraine) vor und versuchten, ihn durch psychologischen Druck zur Kooperation zu zwingen. "Sie werden mit uns reden, oder wird nicht so laufen, wie Sie es wollen", schrieben die Entführer in dem Brief.

Demtschenko fügte hinzu, dass er später die Entführer anrief, das Gespräch ungefähr zwanzig Minuten dauerte und während des Dialogs klar wurde, dass eine Zusammenarbeit unmöglich war.

„Das Gespräch zwischen uns und ihnen hat nicht geklappt“, resümierte der DVR-Offizier.

13:45 de.rt.com: **Kadyrow und Schoigu besprechen Beschleunigung der Militäroperation**

Nach Angaben von Ramsan Kadyrow, dem Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, werde die Militäroperation in der Ukraine künftig schneller vorangehen. Er habe sich in Moskau mit Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu getroffen und die weiteren Schritte zur Verbesserung der Offensive besprochen, teilte er auf Telegram mit. Demnach habe Schoigu neue Ziele festgelegt, welche die weiteren Taktiken verbessern sollen. Die ergriffenen Maßnahmen sollen es ermöglichen, "die Wirksamkeit von Offensivmanövern erheblich zu steigern", was zu einer "Beschleunigung der Militäroperation" beitragen soll.

dan-news.info: **Pressekonferenz der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa**

„Heute haben wir Sie eingeladen, um erschreckende Fakten von Verbrechen ukrainischer Geheimdienste gegenüber Verwandten von Soldaten und Funktionsträgern der DVR, die auf dem Gebiet der Ukraine leben, bekannt zu machen. Seit Beginn der Spezialoperation erhalten wir Informationen über die Entführung von solchen Bürgern und deren Inhaftierung in Spezialgefängnissen. Es gibt Informationen über den Einsatz ungesetzlicher Verhörmethoden. Ich merke an, dass die ukrainischen Geheimdienste die nicht dem Gesetz entsprechenden Festnahmen nach der Methodik der USA und Großbritanniens einsetzen“, sagte Morosowa.

Gemäß Informationen der Administration des Hochkommissars der UNO wurden zwischen April 2014 und April 2022 im Zusammenhang mit dem Konflikt im Donbass etwa 4000 Menschen willkürlich festgenommen. 60% dieser Festnahmen sind klar gesetzeswidrig. „Vertreter des Büros der UN-Hochkommissars bestätigten das Vorhandensein geheimer Gefängnisse auf dem Territorium der Ukraine, es handele sich um etwa 30. Ich kann Beispiele anbringen, Mariupol, dort befand es sich im Flughafen, es ist seit 2014 berüchtigt. Und außerdem fast alle Gebäude des SBU auf dem ganzen Territorium dieses Staates“, sagte Darja Morosowa.

„Bei jeder Anfrage bezüglich einer ungesetzlichen Festnahme eines Bürger auf dem Gebiet der Ukraine wende ich mich an die internationalen Organisationen wie UNO und IKRK, außerdem informiere ich sie praktisch täglich über Menschenrechtsverletzungen, Beschüsse, Tote. Aber leider erhalte ich keine angemessene Reaktion von diesen Organisationen. Leider haben sie auf dem Gebiet der Ukraine ihr Mandat vergessen“, sagte Morosowa.

„Wir haben einen Mechanismus, um solche entführten Bürger zurück nach Hause zu bringen. Solche Situation kommen seit 2014 vor. Entsprechend haben wir Kontakte mit der ukrainischen Seite, außerdem sind da internationale Organisationen. Aber ich kann nicht den ganzen Prozess offenlegen. Aber ich versichere, dass kein einziger Verwandter, der sich an uns gewandt hat, ohne Hilfe geblieben ist. In fast 100% der Fälle wurden die Verwandten in der DVR zusammengeführt“, sagte sie.

Sie rief alle Bürger der Republik, die in eine derartige Situation geraten sind, auf, sich unverzüglich an die zuständigen Organe der DVR zu wenden.

14:09 de.rt.com: **Türkei bietet sich als alternative Gastransitroute in die EU an**

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Energiekrise in der EU will Ankara seinen Beitrag zur Lösung der Notlage leisten. Nach Angaben des türkischen Energieministeriums könnte das Land künftig als Durchleitungspunkt für russisches Gas auf den EU-Markt dienen.

Die Türkei könnte ein Transitpunkt für die Lieferungen von russischem Gas in die EU-Länder werden, stellte der stellvertretende türkische Minister für Energie und natürliche Ressourcen, Alparslan Bayraktar, am Donnerstag während einer Rede auf dem Energieforum in Baku in Aussicht. Er sagte:

"Die Türkei möchte die gesamte Infrastruktur für die inländische Produktion im Rahmen des Inlandsverbrauchs und den Transport von Gas zu ausländischen Märkten, einschließlich der europäischen, für die bestehenden Lieferanten durch die Pipelines von Aserbaidshan, Russland und Iran einsetzen."

Bayraktar zufolge könnte Ankara auch bei der Durchleitung von Energieträgern aus Turkmenistan, dem Irak und dem Mittelmeerraum helfen.

Russland ist einer der wichtigsten Gaslieferanten der Türkei und deckt etwa die Hälfte der Einfuhren des Landes ab. Der Brennstoff wird vom russischen Konzern Gazprom über die Pipelines Turkish Stream und Blue Stream geliefert.

Die zweisträngige Offshore-Pipeline Turkish Stream wurde im Jahr 2020 in Betrieb genommen. Sie wurde als Alternative zur South Stream-Pipeline gebaut, nachdem Bulgarien das Projekt 2014 aufgegeben hatte, und verfügt über eine Gesamtkapazität von 31,5 Milliarden Kubikmetern. Über eine der Leitungen wird russisches Gas in die Türkei gepumpt, während die andere die Länder Süd- und Südosteuropas versorgt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299dadcb480cc5e9010c3fc.jpg>

15:30 (14:30) novorosinform.org: **Ein Treffen zwischen Putin und Selenskij hätte derzeit keinen Sinn – Sacharowa**

Ein Treffen in diesem Stadium sei sogar theoretisch unmöglich. Dies erklärte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf die Frage, wann ein Treffen zwischen den Präsidenten der Russischen Föderation und der Ukraine, Wladimir Putin und Wladimir Selenskij, stattfinden werde.

Laut Sacharowa sei Russland jedem dankbar, der seine Vermittlerrolle anbietet, betonte aber, dass „es nicht angebracht ist, jetzt zu spekulieren, ohne Fakten zu haben“.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums fügte hinzu, dass das Kiewer Regime „die Ukraine schon vor langer Zeit versteigert“ habe, was nur Bedauern hervorrufe.



https://novorosinform.org/content/images/58/22/45822_720x405.jpg

14:39 de.rt.com: **OPEC+ will Ölproduktion im Sommer anheben – Ausschluss Russlands nicht auf der Tagesordnung**

Die OPEC+ will ihre Fördermenge im Sommer viel stärker anheben als in den vergangenen Monaten. Aber obwohl die USA die OPEC-Staaten gedrängt hatten, Russland aus der Ölfördervereinbarung auszuschließen, stand die Frage des Ausschlusses Russlands nicht auf der Tagesordnung des OPEC-Ministertreffens.

Die OPEC+ will ihre Fördermenge im Sommer viel stärker erhöhen als in den vergangenen Monaten. Statt der zusätzlichen 430.000 Barrel (ein Barrel entspricht jeweils 159 Litern), die im Juni in den Markt gepumpt werden, soll die Tagesproduktion im Juli und August um jeweils rund 650.000 Barrel ansteigen, wie die Gruppierung ankündigte. Die OPEC+ begründete ihre Entscheidung mit dem Ende der Lockdowns an wichtigen Wirtschaftsstandorten und dem saisonal erhöhten Bedarf der Raffinerien. Der Ölpreis gab am Donnerstag leicht um 0,5 Prozent nach und fiel auf rund 115 Dollar pro Barrel.

Die US-Regierung hat diese wichtige Entscheidung der OPEC+ inzwischen begrüßt. Sie hob zudem die Rolle Saudi-Arabiens bei der Steigerung der Ölfördermenge auf dem Markt hervor. "Wir erkennen die Rolle Saudi-Arabiens als Vorsitzender der OPEC+ und seinen Beitrag beim Erreichen dieses Konsenses unter den Gruppenmitgliedern an. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um dem Druck auf die Energiepreise entgegenzuwirken", sagte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, am Donnerstag.

Obwohl das Wall Street Journal vor kurzem behauptet hatte, dass einige Mitglieder der OPEC-Staaten in Erwägung zögen, Russland aus der Ölfördervereinbarung der erweiterten Öl-Allianz OPEC+ auszuschließen, stand die Frage des Ausschlusses Russlands nicht auf Tagesordnung des OPEC-Ministertreffens. Das erklärte eine Quelle in der OPEC gegenüber der TASS. Der Mitteilung vom 2. Juni war zu entnehmen, dass Russland trotz des angekündigten EU-Embargos auf russisches Öl auch weiterhin an den Fördervereinbarungen teilnimmt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299ddb8b480cc75d155b2e7.jpg>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow und sein emiratischer Amtskollege Scheich Abdullah bin Zayed al-Nahyan trafen sich am 1. Juni 2022 in der saudischen Hauptstadt Riad.

14:45 de.rt.com: **UN: Krieg in der Ukraine birgt Risiko für 1,4 Milliarden Menschen weltweit**

Laut den Vereinten Nationen könnten die Kampfhandlungen in der Ukraine massive globale Folgen haben. Rund 1,4 Milliarden Menschen könnten von Nahrungsmittelknappheit betroffen sein, wenn Exporte von Getreide aus der Ukraine und Dünger aus Russland weiter ausbleiben, sagte Amin Awad, der UN-Krisenkoordinator für die Ukraine. Es sei unbedingt notwendig, die Handelsrouten über das Schwarze Meer zu öffnen, betonte er am Freitag bei einer Online-Presskonferenz der Vereinten Nationen. Ferner sagte er:

"Wenn die Öffnung der Häfen scheitert, wird das Hunger, Destabilisierung und Massenmigration auf der ganzen Welt zur Folge haben."

Genau 100 Tage nach Beginn des Krieges sind laut dem UN-Vertreter 15,7 Millionen Menschen in der Ukraine auf humanitäre Hilfe angewiesen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299e7a6b480cc61e206a37a.jpg>

15:15 de.rt.com: **Botschafter der Volksrepublik Lugansk hofft auf Vermeidung von Umweltschäden bei Einnahme von Sewerodonezk**

Rodion Miroshnik, der Botschafter der Lugansker Volksrepublik in Russland, hat in einem Interview an die Nachrichtenagentur TASS auf die mögliche Verwendung von Chemikalien durch ukrainische Truppen für Provokationen im Zusammenhang mit der Einnahme von Sewerodonezk hingewiesen. Er sagte:

"Sewerodonezk, Lisitschansk, Rubeschnoje sind Chemikerstädte. Nur Kinder wissen nicht,

welche Chemikalien in den dortigen Betrieben gelagert werden. Dort könnten sich Vorräte von Ammoniak, allen möglichen Säuren und Sonstiges befinden. Es gibt eine gewisse Gefahr für die Umwelt."

Gleichzeitig gab sich der Botschafter zuversichtlich, dass größere Umweltprobleme vermieden werden können. Die Streitkräfte der LVR könnten auf die Erfahrung der Einnahme von Rubeschnoje zurückgreifen, die trotz des Vorhandenseins größerer Ammonitvorräte ohne ernste Probleme gelungen sei, sagte Miroshnik.

Nach bisherigen Angaben der LVR ist die ukrainische Garnison von Sewerodonezk auf dem Gelände des Werks "Asot", einer der größten Chemiefabriken des Landes, eingeschlossen. In Bezug auf Parallelen zur Belagerung des Mariupoler Asow-Stahl-Werkes erklärte Miroshnik, dass die Situation aufgrund von geringerer Quantität und Qualität der in Sewerodonezk eingeschlossenen ukrainischen Truppen und schlechterer Verteidigungsmöglichkeiten eine andere sei und er auf eine schnellere Kapitulation der Garnison hoffe. Bereits jetzt würden sich täglich kleinere Verbände ergeben. Eine Kapitulation sei "die ideale Variante" für ukrainische Truppen in Sewerodonezk, so Miroshnik.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6299f61cb480cc5e9010c421.jpg>

Explosion eines Chemikalentanks auf dem Gelände der Chemiefabrik "Asot" am 31. Mai

16:00 de.rt.com: **EU beschließt sechstes Sanktionspaket gegen Russland**

Die EU-Staaten haben das sechste Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Das Sanktionspaket sieht unter anderem ein aufgeschobenes Öl-Embargo gegen Russland vor. Außerdem werden drei russische Banken aus dem Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT ausgeschlossen und drei russische Nachrichtensender in der EU verboten. Die Sanktionen werden voraussichtlich noch am heutigen Freitag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten.

Dabei wird das Inkrafttreten des als besonders relevant angesehenen Boykotts gegen Öllieferungen aus Russland um sechs Monate für Rohöl beziehungsweise um acht Monate für Ölprodukte aufgeschoben. Außerdem wurden Ausnahmen für Ungarn und die Slowakei sowie Bulgarien und Kroatien vorgesehen. Zuvor waren im Verlaufe der Diskussionen um das Sanktionspaket Öllieferungen über Pipelines und ein Transportverbot des russischen Öls durch Tanker unter Flaggen der EU-Staaten vom Embargo ausgeschlossen worden.

Ungarn setzte zudem durch, dass auf Sanktionen gegen das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt Patriarch Kirill verzichtet wird. Regierungschef Viktor Orbán hatte seine

Haltung dabei mit der Frage der Glaubensfreiheit ungarischer Religionsgemeinschaften begründet. Diese sei "heilig und unveräußerlich".

17:08 (16:08) novorosinform.org: **Sobjanin unterzeichnete in der LVR ein Partnerschaftsabkommen mit Lugansk**

Die Bürgermeister von Moskau und Lugansk, Sergej Sobjanin und Manolis Pilawow, unterzeichneten ein Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur. Die Hauptstädte Russlands und der LVR sind Partnerstädte geworden.

Während seines Besuchs in der Hauptstadt der LVR begutachtete Sergej Sobjanin die Infrastruktur, die wiederhergestellt werden muss, und traf sich mit dem Oberhaupt der Republik Leonid Pasetschnik und der Verwaltung von Lugansk, [berichtet](#) „TWZ“.

Dann unterzeichneten Sobjanin und Pilawow einen Kooperationsvertrag. Moskau und Lugansk sind damit Partnerstädte geworden.

Auf Lugansk warten groß angelegte Restaurierungsarbeiten. Bereits 1.500 Spezialisten aus Moskau arbeiten in der Hauptstadt der LVR, 500 Ausrüstungsgegenstände seien in der Stadt angekommen, sagte Sobjanin.

Er drückte seine Zuversicht aus, dass durch gemeinsame Anstrengungen alle Pläne für die Wiederherstellung von Lugansk erfüllt würden.



https://novorosinform.org/content/images/58/33/45833_720x405.jpg

17:16 (16:16) novorosinform.org: **Der ukrainische Verteidigungsminister schlug vor, das Land de facto als NATO-Mitglied anzuerkennen**

Alexej Resnikow schlug während seiner Rede auf einem Forum in der Slowakei vor, dass die Nordatlantische Allianz die Ukraine de facto als ihr Mitglied anerkennen und das Land auch in ihre Zehnjahresstrategie einbeziehen sollte.

Resnikow ist zuversichtlich, dass die Anerkennung eine Win-Win-Lösung für alle NATO-Mitglieder sein könne. Er erklärte nicht, was die Essenz des gegenseitigen Gewinnens sei, fügte aber hinzu, dass Kiew bereits Teil sowohl des Bündnisses als auch der Europäischen Union sei.

Die Zehnjahresstrategie der Nordatlantischen Allianz, über die der Verteidigungsminister der Ukraine spricht, wird Ende des Monats in Madrid diskutiert. Bisher hat sich niemand zu Resnikows Vorschlag geäußert.

16:30 de.rt.com: **Lukaschenko: Russland wird die Ukraine nicht besetzen**

Die Agentur Interfax meldet, Russland habe keine Ambitionen, die Ukraine zu übernehmen. Dies habe der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko in Minsk nach der

Eröffnungsfeier einer neuen Kinderpoliklinik versichert.

"Glauben Sie mir, Putin und das russische Militär haben nicht den Wunsch, die Ukraine oder irgendetwas anderes zu erobern. Sie haben einfach gezeigt: Mit Russland muss gerechnet werden. Es gibt keinen Grund, den russischen Präsidenten zu beleidigen. Es besteht keine Notwendigkeit, die russische Sprache, die von allen Ukrainern gesprochen wird, zu unterdrücken. Sogar, wie manche sagen, nationalistisch orientiert. Es gibt keinen Wunsch, zu versklaven, gefangen zu nehmen und so weiter", sagte Lukaschenko. Außerdem sei Russland um seine Sicherheit besorgt.

"Das Wichtigste ist die Sicherheit Russlands. Ich verstehe den russischen Präsidenten. Wir diskutieren die Themen auf unterschiedliche Weise, aber ich kann nichts sagen, wenn er sagt, dass nicht nur Russland, sondern auch Belarus angegriffen wird. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir uns verteidigen können, wie wir dieses Sprungbrett für einen möglichen Angriff verhindern können", so der weißrussische Präsident.

Er fügte hinzu, dass er die Einschätzung des US-Finanziers George Soros bezüglich der Wahrscheinlichkeit eines neuen Weltkriegs teile. "Wenn man das jetzt in der Ukraine nicht stoppt, hat Soros recht. Wir sollten jetzt in der Ukraine damit aufhören", sagte er.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a07dd48fbef6e83123b05.jpg>

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko zu Gast bei seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin im Schwarzmeerort Sotschi, 23. Mai 2022

17:44 (16:44) deu.belta.by: **Lukaschenko über Initiatoren von Sanktionen: Sie haben sich bereits in den Kopf geschossen**

EU-Länder, die zu Sanktionen aufrufen, schießen sich nicht nur in den Fuß. Sie haben sich bereits in den Kopf geschossen. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute vor Journalisten.

„Niemand kümmert sich dort (im Westen) um die Wirtschaft. Niemand denkt daran. Nehmen wir zum Beispiel Polen, Litauen und Lettland. Nun, sie schießen sich nicht nur selbst in den Fuß, sie haben sich bereits in den Kopf geschossen. Denke nach, bevor Du Sanktionen einführst“, sagte der Präsident.

Als Beispiel nannte er die Gütertransporte. Die Initiatoren von Sanktionen leiden heute selbst unter den auferlegten Beschränkungen und Antwortmaßnahmen.

„Wer Sanktionen verhängt, fügt seiner eigenen Wirtschaft einen viel größeren Schaden zu. In einem Jahr kann es dort zum wirtschaftlichen Kollaps kommen. Davon profitieren in erster Linie die USA, die nicht nur Russland und China, sondern auch die Europäische Union in Schach halten wollen. Die Amerikaner sind weit weg. Es geht ihnen nicht nur darum, Russland und China zu vernichten. Sie haben Europa in Schach zu halten. Die EU tritt für mehr Autonomie in der Verteidigung auf. Diese Information lässt die Amerikaner zittern. Es wird wohl dazu kommen, dass sich die NATO erübrigen wird. Zumindest wird keine Notwendigkeit mehr bestehen, so viele US-Truppen in Europa stationieren zu lassen. Das sind Sicherheitsfragen, die sehr wichtig sind.“

„Alles ist im Kopf. Es wurden 7 Sanktionspakete beschlossen. Einige Staaten wie zum Beispiel Ungarn haben bereits beim 6. Paket gesagt: ‚Halt! Um Gottes willen! Was haben wir getan! Morgen wird alles zusammenstürzen...‘ Merken Sie sich meine Worte – in einem Jahr wird die Wirtschaft in der EU kollabieren“, sagte der Staatschef.

Alexander Lukaschenko wies insbesondere auf die Situation in der europäischen Möbelindustrie hin, die den Rohstoff in großen Mengen in Russland, aber auch in Belarus einkauft. „Die Holzverarbeitung wird pleite gehen. Das wird auch in vielen anderen Branchen der Fall sein. Alle logistischen und produktionstechnischen Verbindungen in der Welt werden unterbrochen sein. Ich denke, sie werden keine neuen Sanktionen mehr einführen. Sie haben bereits ein halbes Paket angenommen. Morgen legen sie eine Pause ein“.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1654267513_60874_big.jpg

16:49 de.rt.com: **Simbabwe bittet Russland um Lieferungen von Weizen und Erdöl**

Angeichts der sich abzeichnenden globalen Lebensmittelkrise bittet Simbabwe Russland darum, mehr Weizen und Sonnenblumenöl zu liefern. Der Binnenstaat im südlichen Afrika will außerdem vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise auch Erdöl aus Russland kaufen.

Nach einer Sitzung der zwischenstaatlichen Kommission von Russland und Simbabwe in Harare hat Alexander Koslow, Russlands Minister für Ökologie und Naturressourcen, der Nachrichtenagentur Interfax mitgeteilt, dass das afrikanische Land an Lieferungen von Lebensmitteln und Erdöl aus Russland interessiert sei.

"Simbabwes Regierung hat uns vorgeschlagen, unsere Lieferungen von Weizen und Sonnenblumenöl aufzustocken sowie die Lieferungen von Erdölprodukten aufzunehmen, die es zuvor nicht gegeben hat."

Dem Minister zufolge habe die russische Seite das Landwirtschaftsministerium und das Energieministerium des afrikanischen Landes aufgefordert, ein konkretes Angebot mit Kaufmengen und Logistikketten zu erstellen. Dabei betonte Koslow, dass der Anteil der Landwirtschaftserzeugnisse am Gesamtvolumen der russischen Exporte nach Simbabwe in den letzten Jahren zugenommen habe. Allem voran seien die Lieferungen von Weizen und Düngern gestiegen.

Nach Angaben des russischen Verbandes der Getreideexporteure hatte Russland im Jahr 2021 rund 11.900 Tonnen Getreide geliefert. Im Jahr 2019 waren es noch 810 Tonnen Getreide gewesen.

Russland gibt dem Westen die Verantwortung für die Lebensmittelkrise. Weil russische Frachtschiffe mit Sanktionen belegt sind, könnten diese kein Getreide exportieren. Russland gehört wie die Ukraine zu den großen Weizenexporteuren und spielt eine wichtige Rolle für

die Ernährungssicherheit in der Welt. Der Westen wirft Russland dagegen vor, die Häfen im Asowschen sowie im Schwarzen Meer und somit die ukrainischen Getreideexporte zu blockieren. Russland entgegnete darauf, dass die Ukraine ihre mit Seeminen versehenen Küstenbereiche säubern muss, damit die Seefahrt gesichert sei. Russlands Außenminister Sergei Lawrow wird am 8. Juni zu Gesprächen in der Türkei erwartet. Dabei soll es unter anderem um die Errichtung eines sicheren Exportweges für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine gehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298d066b480cc1a35604ba9.jpg>

17:53 (16:53) novorosinform.org: **Die Europäische Union weigert sich, die zukünftige russische Staatsbürgerschaft der Einwohner der Regionen Saporoschje und Cherson anzuerkennen**

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sagte, er verurteile die Vereinfachung des Erwerbs der russischen Staatsbürgerschaft für Einwohner der ehemaligen ukrainischen Gebiete. Seine Aussage wurde von RIA Novosti zitiert.

Auslöser für Borrells Verurteilung sind [insbesondere](#) die Dekrete des russischen Präsidenten vom 25. und 30. Mai. Sie beziehen sich auf die vereinfachte Gewährung der russischen Staatsbürgerschaft für Waisen, Behinderte und einfache Einwohner der Regionen Cherson und Saporischschja sowie der LVR und DVR.

"Die Europäische Union erkennt diese Pässe nicht an", sagte der Chef der EU-Diplomatie.



https://novorosinform.org/content/images/58/40/45840_720x405.jpg

17:00 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen zwei Siedlungen in DVR innerhalb von fünf Minuten**

Um 14.55 Uhr Moskauer Zeit sollen ukrainische Truppen zehn 155-mm-Geschosse auf die Siedlung Trudowskoi in Donezk und um 15.00 Uhr vier Geschosse desselben Kalibers auf Makejewka in der Donezker Volksrepublik abgefeuert haben. Dies gab die DVR-Vertretung

beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands bekannt. Wörtlich hieß es:

"Wir haben den Beschuss durch ukrainische bewaffnete Formationen in folgenden Richtungen registriert: 14:55 Uhr – Georgijewka – Donezk (Siedlung Trudowskoi): zehn Geschosse von 155 mm wurden abgefeuert; 15:00 Uhr – Wodjanoje – Makejewka: vier Geschosse von Kaliber 155 mm wurden abgefeuert."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 3. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Mariupol wurden Dienste für mobiles Internet über eine Basisstation in Betrieb genommen.

In Saryj Krim wurde eine Postfiliale eröffnet.

Nach Winogradnoje wurden 64 Flaschen Flüssiggas geliefert.

In Mariupol wurde eine weitere Tankstelle in Betrieb genommen.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens im Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje, Mangusch, in den Bezirken Nowoasowsk, Starobeschewo und Telmanowo haben sich mehr als 2500 Menschen gewandt.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 18 Hektar Territorium kontrolliert und 6158 explosive Objekte entschärft**.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 6158 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:09 de.rt.com: **Vorbereitungen für den Ernstfall? China will weitere Militärübungen vor Taiwan durchführen**

Angesichts der zunehmenden Spannungen rund um die Insel Taiwan will das chinesische Militär seine Übungen in der Region fortsetzen. Dabei habe Peking auch als mögliches Szenario den Eintritt des Ernstfalles im Blick.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee will offenbar weitere Militärübungen in der Straße von Taiwan durchführen. Das berichtet die parteinahe Zeitung Global Times unter Berufung auf einen chinesischen Militärexperten. Peking wolle dabei aufgrund der zunehmenden Spannungen mit Japan und den Vereinigten Staaten den möglichen Ernstfall im Auge behalten.

Der Experte erläuterte, dass die Entscheidung hierfür durch die mutmaßliche Absicht Tokios

und Washingtons, die Taiwan-Frage mit militärischen Mitteln zu lösen, veranlasst wurde. Die Volksbefreiungsarmee führte kürzlich drei groß angelegte Übungen in der Nähe der Insel Taiwan durch, was in den letzten Jahren eine Seltenheit gewesen sei. Ein weiterer Militärexperte, Song Zhongping, fügte gegenüber der Zeitung hinzu, dass die chinesische Armee nicht nur Warnungen ausspreche, sondern auch praktische Vorbereitungen für einen militärischen Konflikt treffe, der durchaus möglich erscheine.

Am Mittwoch warnte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, die USA angesichts des Besuchs der US-Senatorin Tammy Duckworth auf der Insel vor ernsthaften Konsequenzen einer amerikanischen Unterstützung der separatistischen Kräfte Taiwans. Das taiwanesisches Verteidigungsministerium erklärte am Montag, Peking habe rund 30 Kampfflugzeuge in die Nähe der Insel entsandt. Der Oberst der chinesischen Armee, Shi Yi, erwiderte, das chinesische Militär habe eine gemeinsame Luft- und Seemission in der Nähe Taiwans durchgeführt, um auf die "geheimen Absprachen" zwischen Washington und Taipeh zu reagieren.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – ebenso wie auch die taiwanesisches Führung selbst Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek im Jahre 1949 auf die Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesisches Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298d64bb480cc17105bf064.jpg>

17:30 de.rt.com: **Lukaschenko meldet Konflikt zwischen Selenskij und ukrainischem Militär**

Zwischen Wladimir Selenskij und dem ukrainischen Militär bahnte sich ein ernsthafter Konflikt an, so der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko. Laut Lukaschenko habe zudem Polen uneindeutige Pläne auf das ukrainische Territorium:

"Sie sind nun so weit, dass sie bereit sind, die Westukraine an sich zu reißen. Das schaffen sie aber nicht. Nach meinen Informationen bahnt sich in der Ukraine bereits eine ernsthafte Konfrontation und ein Konflikt zwischen Selenskij und dem ukrainischen Militär an."

Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Führung der ukrainischen Streitkräfte erkannt habe, dass die Armee den Widerstand nicht fortsetzen könne. Überdies hätten Selenskij's Vereinbarungen mit den polnischen Behörden auch bei den nationalistischen Kräften in der Ukraine für Unmut gesorgt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a0cb5b480cc5db22bb36f.jpg>

17:38 de.rt.com: **UN-Bericht: Taliban müssen Erstarken der IS-Terroristen und Guerillagruppen in Afghanistan fürchten**

Laut einem UN-Bericht unterhalten die Taliban-Funktionäre in Afghanistan weiterhin enge Beziehungen zu Al-Qaida, während die größte militärische Bedrohung für die Taliban von der IS-Terrormiliz sowie Guerilla-Angriffen durch Widerstandskämpfer ausgeht.

Taliban-Funktionäre in Afghanistan unterhalten enge Beziehungen zu Al-Qaida, während die größte militärische Bedrohung für die Taliban von der Terrorgruppe IS sowie "Guerilla"-Angriffen durch ehemaliges Sicherheitspersonal der einstigen afghanischen Regierung ausgeht. Das haben UN-Experten in einem neuen Bericht mitgeteilt.

An den UN-Sicherheitsrat gerichtet, erklärten die Experten, wenn gutes Wetter komme, könnten die Kämpfe eskalieren. Denn sowohl der sogenannte "Islamische Staat" als auch "Widerstandskräfte" unternahmen Operationen gegen die Streitkräfte der Taliban. Aber weder der IS, noch Al-Qaida seien in der Lage, derlei Angriffe vor dem Jahr 2023 durchzuführen, "unabhängig von ihrer Absicht oder ob die Taliban handeln, um sie einzudämmen", hieß es in dem UN-Bericht.

Das Hauptanliegen der Taliban sei es gewesen, die Kontrolle über das Land zu konsolidieren. Sie strebten laut den Experten zudem die internationale Anerkennung an, um finanzielle Hilfen zur Überwindung der wachsenden wirtschaftlichen und humanitären Krise in Afghanistan zu erhalten.

Während die Taliban darum kämpfen, von einer aufständischen Gruppierung zu einem staatstragenden Element mit Regierungsverantwortung zu werden, seien sie zwischen "Pragmatikern und Hardlinern" gespalten. Letztere hätten am Ende die Oberhand gewonnen und versucht, die Uhr zurückzudrehen, um die alte Herrschaft der Gruppierung von 1996 bis Dezember 2001 wiederzubeleben.

In dem UN-Bericht wurde erklärt, das Haqqani-Netzwerk, eine militante islamistische Gruppe mit engen Verbindungen zum pakistanischen Geheimdienst (ISI), habe sich nach der Machtübernahme der Taliban aktiviert, um die Kontrolle über wichtige Posten und Ministerien, wie Innenministerium und Geheimdienst zu erlangen.

"Das Haqqani-Netzwerk gilt nach wie vor als das Netzwerk mit den engsten Verbindungen zu Al-Qaida, wobei die Beziehungen zwischen den Taliban und Al-Qaida eng bleiben."

Die UN-Experten wiesen zudem auf die angebliche Präsenz der "Kernführung" von Al-Qaida in Ostafghanistan hin, einschließlich ihres Anführers Ayman al-Zawahri.

Darüber hinaus zitierte der Bericht einen nicht namentlich genannten Beamten eines Landes mit der Aussage, die Taliban hätten drei Bataillone Spezialeinheiten, die sogenannten "roten Einheiten", aufgestellt, um dem "Islamischen Staat" entgegenzuwirken.

Die Entstehung der "nationalen Widerstandsfront und der afghanische Freiheitsfront", bestehend aus ehemaligen afghanischen Sicherheitskräften, habe die Taliban veranlasst, "aggressive Maßnahmen gegen Bevölkerungsgruppen zu ergreifen, die unter Verdacht stehen,

Operationen gegen die Taliban zu unterstützen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299c7e0b480cc0e9719c88d.jpg>

Der stellvertretende Premierminister der Taliban, Abdul Ghani Baradar trifft am 24. Mai 2022 zu einer Pressekonferenz in Kabul ein.

17:54 de.rt.com: **Iran schlägt gemeinsame Währung in Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit vor**

Teheran will die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit noch weiter fördern. Erst im letzten Jahr war der Iran der internationalen Organisation als volles Mitglied beigetreten.

Der stellvertretende iranische Außenminister Mehdi Safari hat erklärt, dass sein Land den Mitgliedern der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) vorgeschlagen habe, eine neue Einheitswährung zu verwenden, um Probleme im Handelsbereich zu lösen. Dies berichtete die iranische Nachrichtenagentur Fars News. Safari sagte am Mittwoch, dass der Iran diesen Vorschlag vor zwei Wochen in einem Brief an die SOZ unterbreitet habe. Er fügte hinzu, dass die Islamische Republik diese Idee mit weiteren Folgevorschlägen untermauern wolle. Der iranische Diplomat äußerte zudem die Hoffnung, dass der Vorschlag aus Teheran von der Organisation angenommen werde. Safari erklärte, dass die Verwendung einer einheitlichen Währung durch die Mitgliedsstaaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit bestehende Probleme im Handel zwischen ihnen lindern würde.

Am 21. September letzten Jahres hatten die sieben ständigen Mitglieder der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit einstimmig den Antrag Irans auf Aufnahme als Vollmitglied angenommen. Mehdi Safari teilte außerdem mit, Iran sei derzeit mit der Vorbereitung der erforderlichen Dokumente beschäftigt, damit das Land die Vorteile eines Vollmitglieds praktisch nutzen und seine Interaktionen mit anderen Parteien der Organisation verstärken könne.

Der Sprecher der Zollverwaltung der Islamischen Republik Iran, Rouhollah Latifi, hatte im vergangenen Monat bekannt gegeben, dass das Handelsvolumen zwischen Iran und den Staaten der SOZ im vergangenen persischen Jahr (das am 20. März endete) auf 54.856.000 Tonnen Waren im Wert von 37 Milliarden US-Dollar (34,4 Milliarden Euro) gestiegen ist. Dies bedeute einen Anstieg von 33 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, fügte er hinzu.

Der Iran exportierte im vergangenen Jahr 45.349.000 Tonnen Waren im Wert von 20,6 Milliarden Dollar (19,2 Milliarden Euro) in die SOZ-Mitgliedsstaaten. Dies wiederum sei ein Anstieg von 41 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesamteinfuhren aus der SOZ hätten 9.507.000 Tonnen im Wert von 16,6 Milliarden Dollar (15,4 Milliarden Euro) betragen, was einen Anstieg von 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeute, so Latifi.

China, Afghanistan (das den Status eines Beobachters der SOZ hat) und Indien waren im vergangenen Jahr von den SOZ-Staaten die drei wichtigsten Importeure iranischer Waren, fügte der Sprecher hinzu.

Das Abkommen zur Gründung der SOZ wurde 2001 von sechs Staaten unterzeichnet:

Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Im Jahr 2017 wurden Indien und Pakistan vollwertige Mitglieder der SOZ, im letzten Jahr Iran. Afghanistan, Belarus, und die Mongolei genießen derzeit Beobachterstatus, während Sri Lanka, die Türkei, Aserbaidshan, Armenien, Kambodscha und Nepal Dialogpartner sind. Die Organisation fördert die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedsstaaten im politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und militärischen Bereich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6299ca2248fbef6d2d1e395d.jpeg>
Die Außenminister der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit

18:56 (17:56) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Pasetschnik warnte die Ukraine vor dem Einsatz des amerikanischen MLRS**

Die Ukraine könnte das amerikanische HIMARS MLRS für den massiven und zerstörerischen Beschuss der LVR einsetzen, als Reaktion darauf müsste sie verstärkte Maßnahmen ergreifen, sagte das Oberhaupt der Republik, Leonid Pasetschnik.

Laut Pasetschnik zerstört Kiew seit acht Jahren die Infrastruktur der Republik und könnte auch beginnen, amerikanische MLRS für massiven, zerstörerischen Beschuss von Städten der LVR einzusetzen, [informiert](#) TASS.

Gleichzeitig machte der Staatschef der LVR auf die Erklärung Washingtons aufmerksam, dass diese MLRS nicht gegen russisches Territorium eingesetzt würden. Daraus schloss Pasetschnik, dass im Donbass amerikanische Waffen eingesetzt würden. und die Republik werde geeignete Maßnahmen ergreifen.

„Solche Äußerungen des Pentagon bereiten uns natürlich große Sorgen. Wir müssen verstärkte Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass Kiew diese Waffen einsetzt“, sagte Pasetschnik.



https://novorosinform.org/content/images/58/45/45845_720x405.jpg

abends:

18:00 de.rt.com: **Kreml bewertet Ergebnisse der 100 Tage dauernden Sonderoperation in der Ukraine**

In den 100 Tagen seit dem Beginn der Sonderoperation in der Ukraine seien gute Ergebnisse beim Schutz der Bevölkerung im Donbass und bei der Rückkehr der Bürger zu einem friedlichen Leben erzielt worden. Dies verkündete der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow: "Das Hauptziel der Operation ist der Schutz der Menschen in der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk. Es werden Maßnahmen zur Versorgung und zum Schutz ergriffen, und es wurden bestimmte Ergebnisse erzielt."

Ihm zufolge seien in dieser Zeit viele Siedlungen von den "Nazi-Kräften" befreit worden, und die Möglichkeit für die Menschen, zu einem friedlichen Leben zurückzukehren, sei sichergestellt worden:

"Diese Arbeit wird fortgesetzt, bis die Ziele der Operation erreicht sind. Jeder Tag, an dem die Operation durchgeführt wird, bringt neue Erfahrungen mit sich, die natürlich bei der Fortsetzung dieser Operation genutzt werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a1d0148fbef66bf5fc40d.jpg>

Unter dem "Z"-Symbol heißt es: "Wir lassen unsere Leute nicht im Stich"

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 03.06.22**

Heute hat der Gegner mehr als 250 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern

„Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **18 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurde **ein Zivilist verletzt, einer starb**. 22 Wohnhäuser, 4 Fahrzeuge und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation ein T-80-Panzer, 2 Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen und 40 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka unterdrückt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 23 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:44 (18:44) deu.belta.by: **Golowtschenko über Sanktionen: Belarus leitet Exportströme um, Westen leidet selbst unter Sanktionen**

Belarus leitet seine Exportströme um. Die westlichen Sanktionen schlagen auf den Westen zurück. Das sagte der belarussische Premier Roman Golowtschenko heute vor Journalisten. „Wir sind gezwungen, unsere Exportströme auf jene Märkte umzuleiten, wo unsere Waren gefragt sind. Dies ist eine der Prioritäten der Regierung, staatlicher Stellen und Unternehmen. Wir exportieren unsere Güter zunehmend in die Russische Föderation und andere EAWU-Staaten. Wir leiten unsere Exportströme allmählich auf die Märkte in Afrika und Asien um“, sagte Roman Golowtschenko.

Der einheimische Maschinenbau steigert seine Exporte nach Afrika. „Unsere Landmaschinen sind dort sehr sehr gefragt. Wir liefern Kalidünger zunehmend nach Afrika, Lateinamerika, Asien und China. Die Exporte werden auf natürliche Weise diversifiziert“, sagte Premierminister.

„Unsere Waren gewinnen im Wert. Dadurch erhalten wir zusätzliche Währungseinnahmen. Im ersten Quartal 2022 haben wir einen Handelsüberschuss von etwa \$1 Mrd. erzielt. Das macht unsere Zahlungsbilanz stabil“, betonte der Regierungschef.

Gleichzeitig verringert sich der Anteil der EU an den Lieferungen, auch wenn er immer noch beträchtlich ist, betonte Roman Golowtschenko. Ihm zufolge wird Belarus den Handel mit der EU fortsetzen. Ausnahmen bildeten Waren, gegen die man Sanktionen eingeführt hat. Der Premierminister bezweifelte jedoch, dass solche Beschränkungen lange anhalten würden.

„Wir alle sehen die Turbulenzen auf dem EU-Verbrauchermarkt. Das hängt damit zusammen, dass der Lebensstandard sinkt, die Inflation anhält und Preise steigen. Wir glauben, dass die Regierungen dieser Länder in naher Zukunft unter starkem Druck jener Politiker stehen werden, die die Interessen ihrer Bürger vertreten. Jene Maßnahmen, die gegen Russland und Belarus ergriffen werden, werden den Westen selbst hart treffen. Niemand weiß, wer mehr unter diesen Maßnahmen leiden wird“, sagte der Regierungschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1654274791_60876_big.jpg

18:45 de.rt.com: **Sri Lanka beschlagnahmt Aeroflot-Flugzeug**

Die Behörden in Sri Lanka haben ein ziviles Flugzeug der russischen Fluggesellschaft Aeroflot mit einem Flugverbot belegt und beschlagnahmt. Das berichtete die lokale Zeitung News First am Freitag.

Berichten zufolge hat das Oberste Handelsgericht in Colombo den Befehl zur Beschlagnahme

eines Zivilflugzeugs der russischen Fluggesellschaft Aeroflot aufgrund einer Klage des irischen Unternehmens Celestial Aviation Trading Limited erlassen. Das in Dublin ansässige Unternehmen ist mit dem Flugzeugvermieter GECAS verbunden. Das Flugzeug wurde mit einem Flugverbot belegt und beschlagnahmt.

Nachdem westliche Staaten Sanktionen über Russland verhängt hatten, verlangten die Flugzeugvermieter von Moskau die Rückgabe der geleasteten Flugzeuge, da sie Sekundärsanktionen befürchteten und die Beschränkungen sie daran hinderten, finanzielle Beziehungen zu russischen Luftfahrtunternehmen zu unterhalten.

Russland behielt jedoch den Großteil der Flugzeuge mit der Begründung, dass die Forderung nach Rückgabe der Flugzeuge gegen die Leasingverträge verstoße. Man begann damit, die Flugzeuge im Land zu registrieren, damit sie weiter betrieben werden konnten. Nach Angaben des Portals Airfleets erhielt das in Sri Lanka festgehaltene Flugzeug Ende April eine russische Registrierung, davor war es auf den Bermudas registriert.

Aeroflot teilte mit, dass für den 8. Juni eine Anhörung über die Freigabe des Flugzeugs angesetzt ist. Der russische Reiseveranstalter Intourist teilte der Presse mit, dass Personen, die auf den Heimflug mit dem festgehaltenen Flugzeug warteten, in einem nahe gelegenen Hotel untergebracht wurden.

Die im Februar verhängten EU-Sanktionen verbieten die Lieferung von Zivilflugzeugen und Ersatzteilen nach Russland sowie deren Wartung und Versicherung. Darüber hinaus verpflichteten die Sanktionen die Leasinggeber, ihre bestehenden Verträge mit russischen Fluggesellschaften zu kündigen.

Anfang März informierte die Föderale Agentur für Luftverkehr die Fluggesellschaften über Fälle, in denen Flugtüchtigkeitszeugnisse für im Ausland registrierte Flugzeuge annulliert wurden. Mitte März setzte die Zivilluftfahrtbehörde der Bermudas die Flugtüchtigkeitszeugnisse von Flugzeugen russischer Fluggesellschaften aus, die auf den Bermudas registriert sind. Moskaus Versuche, die Flugzeuge im eigenen Land neu zu registrieren, stießen auf Kritik, da einige Länder die Sicherheit von Flugzeugen, die nicht von international anerkannten Stellen kontrolliert werden, in Frage stellen.

Ende Mai sperrten die chinesischen Luftfahrtbehörden ihren Luftraum für Boeing- und Airbus-Flugzeuge russischer Fluggesellschaften, da die "doppelte Registrierung" dieser Flugzeuge nicht den internationalen Anforderungen entspricht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629a05d148fbef1ee9022dbb.jpg>